

# maldekstra #2

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

JANUAR 2019

## Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg

Armut, Diskriminierung, Ausbeutung:  
Über die indirekten und strukturellen Ursachen  
gewaltvoller Konflikte



Foto: Northfoto/shutterstock.com

Wenn nach Kriegen die Waffen schweigen, bestehen die Gründe für die Gewalt in den meisten Fällen weiter. Konflikte dürfen deshalb nicht verkürzt betrachtet werden – oft steht weit mehr dahinter als geostrategische Krisen, religiöser Notstand oder ethnische Zusammenstöße. Meist beginnen gewaltsame Auseinandersetzungen als Verteilungskonflikte und sind Ergebnis globaler Ressourcenausbeutung. Oder sie lassen sich auf menschenrechtliche Diskriminierungen und die Verletzung demokratischer Freiheiten zurückführen. Deshalb müssen auch indirekte und strukturelle Ursachen in den Blick einer Politik linker Gewaltalternativen genommen werden. Es geht nicht nur um Frieden als Abwesenheit von Krieg. Es geht um Positiven Frieden, der soziale und transformative Gerechtigkeit zur Voraussetzung hat.

# Dass nicht nur die Waffen schweigen

## Inhalt

- 3 „Es geht darum, alte Denkweisen zu überwinden“** Eva Wuchold im Gespräch über strukturelle Gewalt, und das Konzept des „Positiven Friedens“
- 6 Eine Stadt verbaut ihre Geschichte** Über Beirut liegt noch Kriegsschatten. Der „Wiederaufbau“ stört den Weg zu einem wirklichen Frieden
- 7 Immer mitten drin oder kurz davor** Was muss getan werden, damit Konflikte nicht nur enden, sondern auch nicht wieder ausbrechen? Eine Tagung in Beirut
- 9 Die stille Revolution von Makuani** Diebstahl öffentlicher Ressourcen ist einer der größten Konfliktherde in Kenia
- 11 Afghanistans kriegsbedingte soziale Schere** Eine Schicht von Neureichen profitiert vom Konflikt, während die Masse der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt
- 15 „Die linke Szene bei uns ist sehr klein“** In diesem Jahr wäre Jugoslawien 100 Jahre geworden. Krunoslav Stojaković im Gespräch über ein zerfallenes Land
- 17 Die Bürger brauchen eine Stimme** In Mali frisst die Gewalt die Lebensgrundlagen der Menschen auf. Friedensinitiativen reichen bisher nicht weit genug
- 19 Den Feminismus anders denken** Mehr als ein Pakt zwischen Kriegern: zur Rolle von Frauen im kolumbianischen Friedensprozess
- 21 „Kein Panzer geht in Krisengebiete“** Wirklich? Es gibt viele Irrtümer und Mythen über Waffenexporte. Eine Aufklärung

## Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin, in Kooperation mit der

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Beirat** Hana Pfennig, Boris Kanzleiter  
**Redaktion** Kathrin Gerlof, Anne Schindler, Tom Strohschneider (V.i.S.d.P.)

**Gestaltung** Michael Pickardt

**Kontakt** Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

**Druck** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

**Druckauflage** 56.000

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

„Frieden ist nicht alles“, so hat es Willy Brandt einmal gesagt, „aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Der Satz, formuliert in der Hochzeit atomarer Bedrohung zwischen den Blöcken, hat bis heute nichts von seiner Aussagekraft eingebüßt.

So oft davon gesprochen, so händeringend immer wieder auf ihn gedrungen wird, muss doch gefragt werden, was ist das eigentlich: Frieden? Man kann ihn negativ als Abwesenheit gewaltvoller Konflikte beschreiben, als Gegensatz des Krieges. Das war auch in Brandts Bonmot noch die entscheidende Bedeutung. Frieden lässt sich aber auch positiv definieren: als Form und Inhalt eines gerechten, solidarischen, konfliktfreien Zusammenlebens der Menschen. Ein Ziel, das nach mehr verlangt als „nur“ der Beendigung von Kriegen.

Mitunter ist auch gar nicht so leicht zu sagen, wann wir von Krieg sprechen können. Einerseits wird Gewaltanwendung als ein Kriterium der Unterscheidung gesehen. Andererseits wird die lange Periode ohne direkte Gewalt zwischen den großen Mächten nach 1945 in der Regel als „Kalter Krieg“ bezeichnet, während wiederum nicht alle Angriffe auf Staaten in der Vergangenheit als Krieg bezeichnet wurden – zumindest von denen, die sie führten. „Neue“ oder als asymmetrisch bezeichnete Konflikte sind auf die Tagesordnung getreten. Die exzessive Anwendung von Gewalt durch nichtstaatliche Gruppen nimmt Formen des Krieges an, ihre internationale Bekämpfung wird teils als „Krieg gegen den Terror“ beschrieben.

Im Vordergrund des Redens über Krieg und Frieden bleiben tiefer liegende Ursachen, die indirekten und strukturellen Voraussetzungen gewaltvoller Konflikte nicht selten ausgeblendet oder werden zurechtgebogen. Die gesellschaftliche Linke kann sich hier nicht aus der Kritik stehlen: Oft genug wurden Fragen von Krieg und Frieden vor allem wie ein weltpolitisches und geostrategisches Schachspiel behandelt, bei dem es darum geht, auf die „richtigen“ Figuren zu setzen. Manchmal wurde das Reden über Krieg und Frieden auch nur benutzt, um ganz andere politische Differenzen auszutragen. Und viel zu häufig haben sich doppelte Standards

bei der Beurteilung der Gewalt der einen und der anderen offenbart.

Dabei werden nicht nur die Menschen in Konflikten zu „Bauern auf dem Schachbrett“. Eine solche Sicht bestärkt auch das Denken in Kategorien des „kleineren Übels“ und die fragwürdige Identifikation mit staatlicher Macht, wo es doch eigentlich um die Perspektive von unten, um die der Betroffenen und ihrer Hoffnungen gehen müsste. Nämlich um die Frage, wie die indirekten und strukturellen Ursachen gewaltvoller Konflikte überwunden werden können, damit nach dem Krieg nicht bald schon wieder vor dem Krieg heißt.

Es reicht nicht, bloß auf die Binsenweisheit zu verweisen, dass gewaltvolle Konflikte auch sozioökonomische Ursachen haben. Es geht darum, deren verschiedene Schichten, ihre teils widersprüchlichen Zusammenhänge untereinander freizulegen; es geht darum, ernst zu nehmen, was sich in einer der Quellen unseres heutigen Wortes „Frieden“ verbirgt, dem gotischen „gafridon“, das auch „versöhnen“ bedeutet; es geht darum, sich bewusst zu machen, dass der Weg zum „Positiven Frieden“ noch länger und steiniger ist als der zur Beendigung eines Krieges.

Wir haben für diese Ausgabe von „maldekstra“ mit Menschen gesprochen, die auf der Suche nach „Positivem Frieden“ sind und andere dabei unterstützen. Wir werfen einen Blick auf Länder, in denen lange Gewalt herrschte und es teils noch immer tut. Zur Sprache kommen Konflikte und Ideen, diese nicht nur zu befrieden, sondern grundlegend zu überwinden. Es ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einem großen Bild.

Die Fotografien, die diese Ausgabe illustrieren, bringen uns einen der schrecklichsten Konflikte unserer Zeit ins Gedächtnis zurück: den Bürgerkrieg in Syrien, der zuletzt kaum noch in den Schlagzeilen auftauchte. Die Bilder, die Doha Hassan und Hosam Katan in Aleppo gemacht haben, zeigen nicht nur die kriegerische Seite des Konflikts, sondern auch die Perspektive der Menschen, die in diesem „Alltag“ überleben müssen – darauf wartend, dass nicht nur die Waffen schweigen, sondern wirklicher Frieden möglich wird.

Tom Strohschneider

## Agenda

**Dossier Positiver Frieden** Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Gewaltvolle Konflikte haben heute nicht nur direkte, sondern auch indirekte Ursachen – etwa Armut, Hunger, Diskriminierung. Wie linke Antworten auf strukturelle Gewalt aussehen können, darum dreht sich alles auch in einem Online-Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung: [rosalux.de/dossiers/positiver-frieden/](http://rosalux.de/dossiers/positiver-frieden/)

**Zum Schweigen bringen** Im Dezember hat die nicaraguanische Regierung zwei Partnerorganisationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Rechtsfähigkeit aberkannt – der Fundación Popol Na und der Fundación del Río. Mit dem Lizenzentzug sind Büroschließungen, Geldentzug und bisher unübersehbare Konsequenzen für die soziale und ökologische Arbeit der beiden Organisationen verbunden.

**maldekstra #3** Auf internationalistische Fundamente wird in der gesellschaftlichen Linken gern und oft verwiesen. Um Geschichte, Widersprüche und Zukunft des Linken Internationalismus wird es in der kommenden Ausgabe gehen. Die Ausgabe erscheint 100 Jahre nach Gründung der Komintern.

Kinder zwischen Krieg, Spiel und Arbeit: Seit Sommer 2012 hat die Gewalt Aleppo im Griff.

Foto: Doha Hassan



### Doha Hassan

Über die Bilder des Krieges in Syrien hat Doha Hassan einmal geschrieben, sie seien „nichts Außergewöhnliches. Sie werden niemanden schockieren, der die Situation in Syrien in den letzten Jahren erlebt hat. Was verunsichert, ist die eigene menschliche Reaktion auf die Ereignisse sowie die Tatsache, dass ihre Verarbeitung jeglichen zeitlichen Rahmen sprengt“. Wir haben für diese Ausgabe einige ihrer Fotos aus Syrien ausgewählt, Aufnahmen aus Aleppo aus dem Jahr 2013. Bilder, die das Grauen des Krieges zeigen, aber auch den Alltag der Menschen, die unter die-

sen Bedingungen überleben müssen. In den vergangenen elf Jahren hat Doha Hassan als Autorin, Reporterin und Fotografin gearbeitet – ein Leben zwischen Berlin, Beirut und Damaskus. Sie kuratierte unter anderem die Fotoausstellung „Temporary“ über syrische Flüchtlinge, eines ihrer Bücher ist ein Handbuch für Bürgerjournalisten in Konfliktgebieten. Freiberuflich ist Doha Hassan auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig. 2013 wurde sie mit dem Samir Kassir Award für Pressefreiheit ausgezeichnet.

## „Es geht darum, alte Denkweisen zu überwinden“

Eva Wuchold im Gespräch über direkte und strukturelle Gewalt, Johan Galtungs Beitrag zur Konfliktbewältigung und das Konzept des „positiven Friedens“

*Wenn dich jemand fragen würde, ob in der Bundesrepublik Frieden herrscht: Was antwortest du ihm?*

Frieden als Abwesenheit von Krieg gibt es sicherlich, als Abwesenheit von organisierter militärischer Gewaltanwendung. Das wäre allerdings ein negativer Friedensbegriff. Frieden im Sinne eines innergesellschaftlichen Friedens nicht erst seit dem Erstarken rechter Parteien in Deutschland und Europa eher nicht. Von deutschen Kriegseinsätzen, Waffenexporten aus Deutschland, den auch durch deutsche Politik verursachten unzähligen Toten an den europäischen Außengrenzen oder aber auch der deutschen Autoindustrie als Beschleuniger des Klimawandels mit all seine gravierenden Folgen ganz zu schweigen.

*Du sprichst von einem „negativen Frieden“ – wie würde ein „positiver“ aussehen?*

Anders als negativer Frieden, der das Fehlen direkter Gewalt voraussetzt, kann man von positivem Frieden nur bei gleichzeitiger Abwesenheit von struktureller Gewalt sprechen.

*Der Begriff geht auf Johan Galtung zurück.*

Genau, der Norweger gilt als Gründungsvater der Friedens- und Konfliktforschung. Er versteht darunter die strukturell, also aufgrund von Werten, Normen, Institutionen oder Machtverhältnissen bedingte vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. Oder, um es allgemeiner auszudrücken: die Diskrepanz zwischen Gegebenem und Möglichem.

*Das ist ein sehr weiter Rahmen.*

Ja, er schließt alle Formen der Diskriminierung, Ausbeutung, die ungleiche Verteilung von Einkommen, Bildungschancen, Lebenserwartung auch aufgrund von Umweltverschmutzung sowie jegliche Wohlstandsgefälle und ein Verhindern emanzipatorischer Bestrebungen mit ein. Dem legt Galtung in seiner Lehre systemische Faktoren zugrunde, die unabhängig vom Handeln sozialer Akteure sind. Positiver Frieden hingegen ist für Galtung – nicht nur in Abgrenzung vom negativen Frieden als Abwesenheit von organisierter kollektiver Gewalt, sondern auch von der herkömmlichen Vorstellung des Friedens als Synonym für Stabilität und Gleichgewicht oder als Konzept für „Recht“ ▶

und Ordnung“ basierend auf einer vorhersehbaren Gesellschaftsordnung – ein Synonym für „alle anderen guten Sachen in der Weltgemeinschaft“ und hier vor allem die Zusammenarbeit und Integration zwischen menschlichen Gruppen viel mehr als die Abwesenheit von Gewalt.

*Aber läuft das dann nicht letzten Endes nur auf eine andere Umschreibung für die strukturellen Bedingungen von Gewalt hinaus, also auf eine linke, eine materialistische Gesellschaftskritik?*

In der Tat versteht Galtung positiven Frieden als dynamischen Prozess im Sinne einer produktiven Schaffung gerechterer sozioökonomischer und politischer Verhältnisse. Auch versucht Galtung in seinem Modell der postrevolutionären Gesellschaft eine Gegenperspektive zu entwerfen, in der die Kosten der strukturellen Gewalt minimiert werden. Allerdings berücksichtigt er dabei Aspekte, die über die Konfrontation Kapitalismus versus Sozialismus weit hinausführen.

*Das musst du erklären.*

Das Charakteristische an Galtungs Modell ist, dass Gesellschaft ihr Ziel zum einen in der Selbstverwirklichung der Einzelnen sieht, sie also auf Individualismus und individuelle Freiheit setzt, und zum andern das Individuum nicht nur Objekt, sondern auch Maßeinheit der Gesellschaftsordnung ist. Geht man davon aus, dass die Gesellschaft nicht nur von, sondern auch für Individuen gemacht ist, so haben laut Galtung die Werte einer Gesellschaft einen Sinn, die sich auf das Individuum beziehen. Dementsprechend fordert sein Individualismus-Begriff Freiheitsspielräume für alle, selbst für den Andersdenkenden.

Ihm geht es um eine Struktur, die Solidarität in Freiheit begründet und die sich auf die Komponenten Autonomie, Partizipation und Kooperation stützt. Darüber hinaus verweist Galtung auf die Tiefenphänomene, Tiefenstruktur und Tiefenkultur, die auf uns alle einwirken, aber als etwas Verborgenes. Galtung sagt, dass eine Struktur den Menschen gewisse Handlungsweisen vorschreibt, die dadurch begründet sind, dass sich alle Menschen so verhalten, ohne dem Grund dafür nachzugehen. Oder dass sie aus ähnlichen Gründen nicht handeln.

*Es geht also um Widersprüche, die nicht immer an der Oberfläche sichtbar sind?*

So kann man es sagen. Galtung ist nicht nur Soziologe und Politikwissenschaftler, er ist auch Mathematiker. Er hat alle seine Thesen anhand der Analyse und wissenschaftlichen Auswertung dieser Widersprüche entwickelt. So ermittelte er für die Definition des positiven Friedens die Summe relativer konsensueller Werte in der Weltgemeinschaft der Nationen anhand einer Liste von zehn Werten, nämlich: 1. Anwesenheit von Kooperation, 2. Freiheit von Furcht, 3. Freiheit von Mangel, 4. Wirtschaftswachstum und Entwicklung, 5. Mangel an Ausbeutung, 6. Gleichheit, 7. Gerechtigkeit, 8. Handlungsfreiheit, 9. Pluralismus, 10. Dynamik. Das sind sehr komplexe Analysen, es ist nicht einfach nur eine Haltung.

*Wie bist du zu Galtungs Konzept gekommen?*

Ich habe bei Auslandsaufenthalten etwa in Ambon in Indonesien, wo es 1996 zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen zwischen Maduresen und Dayak kam, oder in Palästina während der Intifada im Jahr 2000, aber auch

in Mexiko 1998 oder in Brasilien 2002 persönlich miterlebt, was Gewalt bedeutet. Gleichzeitig habe ich, ebenfalls durch eigene Anschauung, auch mitbekommen, wie wenig die deutsche auswärtige Politik, deutsche Kulturpolitik und deutsche Entwicklungspolitik darauf eingehen können oder wollen. Deshalb habe ich mich nach Abschluss meines Studiums in Deutschland bewusst für ein Studium der Friedenswissenschaften an der Europäischen Friedensuniversität in Stadtschlaining entschieden. Dort haben wir gelernt, Konflikte und Gewalt in all ihren Facetten zu analysieren – stets anhand sehr realer Fallbeispiele –, vor allem aber, was es für einen nachhaltigen Frieden braucht und was das überhaupt bedeutet. Einer der Lehrenden dort war Johan Galtung.

*Wie hast du ihn persönlich erlebt?*

Ich habe Galtung in erster Linie als Freigeist erlebt. Sein Credo in Bezug auf alle Konflikte, die er uns zu analysieren half, war, „to think out of the box“, also kreativ über das übliche Maß hinaus zu sein. Für mich war das, nach allem, was ich in meinem Studium in Deutschland mitbekommen hatte, geradezu revolutionär: Galtungs Ansätze zur Konfliktlösung waren keine Kompromisse, bei denen die Konfliktparteien oft das Gefühl haben, zu viel aufgegeben zu haben. Seine Lehre war, dass der Durchbruch gelingt, wenn sich Konfliktparteien darauf verpflichten, ihre alte Denkweise zu überwinden, wodurch am Ende alle Seiten zufrieden sind.

*Hat Galtungs Methode Erfolg?*

Die hat es gegeben, etwa bei Grenzkonflikten, die über die Bildung gemeinsam verwalteter Nationalparks beendet werden konnten. Beein-

## Krieg und Frieden bei Marx und Engels

Es war das Jahr 1845, als Friedrich Engels in Elberfeld, das heute zu Wuppertal gehört, „zwei Reden“ vortrug. „Der einzelne Kapitalist steht im Kampfe mit allen übrigen Kapitalisten, der einzelne Arbeiter mit allen übrigen Arbeitern; alle Kapitalisten kämpfen gegen alle Arbeiter, wie die Masse der Arbeiter notwendig wieder gegen die Masse der Kapitalisten zu kämpfen hat“, hieß es da. Engels sprach von einem „Kriege Aller gegen Alle“, der „das Wesen“ der damaligen Gesellschaft ausmache.

Damit wird Krieg vor allem als Ausdruck der ökonomischen Antagonismen der Gesellschaft gefasst. Der Begriff meint bei Engels eher die Art, in der die herrschende Klasse die Ausbeutung „absichert“, doch wie auch Karl Marx gingen beide von Hegels Überlegung aus, dass es der Krieg sei, durch den die „bürgerliche Gesellschaft über sich hinausgetrieben“ werde. Auch die „richtigen“ Kriege zwischen Staaten fassten beide seinem Wesen nach als einen, dem letzten Endes der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zugrunde liegt.

Allein damit lässt sich Krieg nicht begreifen, es hat ihn auch in früheren Zeiten schon gegeben. Hier kam für Marx und Engels der Staat ins Spiel, den sie als Instrument der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Interessen betrachteten. Der Völkerrechtler Norman Paech hat im Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus auf eine Passage von Marx verwiesen, laut der die durch den Staat vermittelte Balance der Klassenkräfte regelmäßig durchbrochen werde,

„sobald die innere Auseinandersetzung wieder einen bestimmten Grad der Intensität erreicht hat“, dann „muss auf ein neues kriegerisches Zwischenspiel als einzig anwendbares Sicherheitsventil zurückgegriffen werden“.

Kriege spielten im Denken von Marx und Engels noch eine weitere Rolle – als „Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation“, mit der kapitalistische Verhältnisse erst zur Durchsetzung kommen: durch Raub, Versklavung, Handels- und Eroberungskriege. Diese „bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära“, heißt es in Band 1 von „Das Kapital“. Engels nuanciert das im „Anti-Dühring“ etwas anders, wo er dem Beginn der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zubilligt, diese sei möglich, „ohne dass auch nur ein einziges Mal der Raub, die Gewalt, der Staat oder irgendwelche politische Einmischung nötig gewesen wäre“.

Wie auch Engels sah Marx im Krieg unter Umständen ein fortschrittliches Potenzial liegen, sofern er dazu beitrage, revolutionäre Dynamik zu entfalten. Hier ging es beiden um Fälle, in denen so Befreiung von Unterdrückung, Durchsetzung der Demokratie oder auch Herstellung der nationalen Einheit befördert wurden. Zugleich sahen sie die Überwindung des Krieges als einen Zielpunkt Internationaler Arbeiterassoziation: Diese strebe eine friedliche Perspektive an, die „schließlich den Krieg ausrotten“ werde; in einer neuen Gesellschaft werde der Frieden das internationale Prinzip sein.

druckt hat mich aber vor allem, dass er trotz unzähliger gescheiterter Mediationsversuche, sei es in Sri Lanka oder im Irak, nach wie vor ungeteilte Gewaltfreiheit propagiert, ausgehend von den in seinem Buch „Frieden mit friedlichen Mitteln“ beschriebenen Schlüsselkompetenzen, nämlich Empathie, Kreativität und Gewaltfreiheit. Und dass er keine Angst vor steilen Thesen hat, wie zum Beispiel die vom Untergang des US-Imperiums bis zum Jahr 2020, die er in einem Streitgespräch mit Samuel P. Huntington auf Schloss Neuhardenberg aufstellte, egal wie die Reaktionen darauf auch ausfallen. Trotz seines großen Namens hat Johan wie selbstverständlich bei uns im Wohnheim gewohnt, mit uns gekocht, gegessen, in der Sauna gesessen. Er wollte uns für seine Sache gewinnen. Und das hat er durchgängig geschafft, auch indem er uns als gleichwertige Diskussionspartner anerkannt hat.

*Als Galtung den Begriff „strukturelle Gewalt“ formulierte, fiel das in eine Zeit, in der die Rezeption des Strukturalismus en vogue war. Louis Althusser versuchte beispielsweise eine strukturalistische Reinterpretation der marxistischen Theorie. Spielte das eine Rolle?*

Ob Galtung sich mit Althusser auseinandergesetzt hat, weiß ich nicht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang meines Erachtens, dass Galtung in seinem für diese Diskussion grundlegenden Artikel „A Structural Theory of Imperialism“ aus dem Jahr 1971 strukturelle Gewalt nicht bloß als andere Umschreibung für die strukturellen Bedingungen von Gewalt begreift, sondern Strukturen als Gewalt selbst definierte, sofern sie Ungleichheit repräsentieren und Menschen davon abhalten, ihr tatsächliches oder vermutetes Entwicklungspotenzial auszuschöpfen. Ungleichheit ist also nicht allein ein Phänomen struktureller Gewalt, sondern zugleich deren Bedingung.

*Wenn jede Diskrepanz zwischen dem Gegebenen und dem potenziell Möglichen als Gewalt skandalisiert werden kann, bleibt kaum mehr Raum für gewaltfreie Verhältnisse.*

Ich kenne die Kritik an Galtungs Auslegung von Ungleichheit als Gewaltverhältnis, und auch die daran, dass die Definition von struktureller Gewalt weit und vage ist. Ich denke aber, dass es nach wie vor wichtig ist, dass dank ihm der Gewaltbegriff um die Phänomene Armut, Hunger, Unterordnung und sozialen Ausschluss erweitert wurde und damit auch die Friedensoptionen größer wurden. Wie ich auch die Kategorie der kulturellen Gewalt in seinem „Gewaltdreieck“ als hilfreich bei der Analyse von Konflikten empfinde: Wenn strukturelle Gewalt institutionalisiert und kulturelle Gewalt verinnerlicht ist, steigt die Gefahr, dass sich auch die persönliche, direkte Gewalt verfestigt. Generell habe ich Galtungs Forschung immer eher als Friedens- denn als Gewaltforschung verstanden.

*Wie ordnest du das Konzept in die sonstige friedenspolitische Debatte ein?*

Johan Galtung ist gerade auch in Deutschland umstritten, auch unter Forschern, weil ihm oftmals

politische und nicht akademische Ziele unterstellt werden. Auch wird ihm vorgeworfen, dass seine Konzepte nicht den Krieg als solchen erklären. Und tatsächlich bezieht sich das Konzept der strukturellen Gewalt nicht auf gewaltförmige Konflikte. Positiver Frieden setzt allerdings negativen Frieden voraus. Ich denke, dass die Kritik Hand in Hand geht mit einer Krise der kritischen Friedensforschung generell, die systemkritische Forscher und damit auch Theorien der strukturellen Gewalt als Angriff auf die Ordnungsmacht des Staates auslegt.

*Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ein Dialogprogramm unter die Überschrift „Positiver Frieden“ gestellt. Warum?*

Wir haben das Konzept gewählt, weil es auf einen dauerhaften Frieden abzielt, in dem nicht nur die direkte Gewalt eingestellt wird. Wir fragen: Welche Formen struktureller Gewalt sehen wir? Wie und an welchem Punkt verwandeln sich diese in direkte Gewalt? Welche Formen von Widerstand und soziale und politische Bewegungen gibt es – gegen direkte und indirekte Gewalt? Was sind linke politische Antworten auf direkte und strukturelle Gewalt? Wie kann eine linke „positive Friedenspolitik“ aussehen?

*Und, wie kann sie aussehen?*

Frieden nicht erst zu denken, wenn das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist. Die Konfliktursachen müssen in den Blick genommen werden. Mehr noch: Die Konflikte sind schon längst da, bevor sie offen gewaltförmig ausgetragen werden. Hier setzt positive Friedenspolitik präventiv an – bei politischen Diskriminierungen, Menschenrechtsverletzungen, ungerechter sozioökonomischer Verteilung, den Verhältnissen von Kooperation und Konkurrenz zwischen Staaten und Staatenblöcken um Absatzmärkte und globale Ressourcen in der kapitalistischen Weltwirtschaft, bei Klimaschutz oder geopolitischer Interessenpolitik, die lokale Konflikte schnell zu Stellvertreterkriegen ausweitet. Hier muss sich etwas ändern, wenn Frieden mehr sein soll als bloß die zeitweilige Abwesenheit von Krieg.

*Wie schätzt du vor diesem Hintergrund die deutsche Entwicklungspolitik ein?*

Die gegenwärtige Entwicklungspolitik zielt nicht darauf ab, Strukturen zu fördern, die Menschen in den Regionen in die Lage versetzen, das, was Galtung als Frieden beschreibt, herzustellen und daran zu partizipieren. Das wird etwa deutlich bei dem Ansatz, die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern in einem großen Ausmaß zu industrialisieren. Das verschärft die Ungerechtigkeiten auf dem Land massiv. Diese ganzen rein ökonomisch gedachten und mit privatem Kapital kofinanzierten Projekte, bei denen grüne Innovationszentren auf den Wiesen wachsen, werden keinen positiven Frieden begründen können. Im Gegenteil: hier werden neue Quellen struktureller Gewalt gefördert.



**Eva Wuchold**, Jahrgang 1973, ist Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung sowie Umweltpolitik. Sie war als Projektberaterin bei NGOs im Bereich Ziviler Friedensdienst und Entwicklungszusammenarbeit tätig. Heute leitet sie das Referat Globale Aufgaben und Sondermittel bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist dort Referentin unter anderem für Positiven Frieden. Mit ihr sprach Tom Strohschneider.



Realität eines Krieges: die Trickfilmfigur SpongeBob an der Wand, der Patronengurt am Türrahmen

Foto: Doha Hassan

## Eine Stadt verbaut ihre Geschichte

Beirut galt einmal als „Paris des Nahen Ostens“. Heute liegt immer noch Kriegsschatten über der Metropole. Was hier als „Wiederaufbau“ abläuft, stört den Weg zu einem wirklichen Frieden.

Von Anne Schindler

In Beiruts Zentrum kann man es an jeder Ecke sehen. Die Stadt ist ein Teppich aus Gebäuden, die Geschichten von Krieg, Besatzung und Kolonialisierung erzählen. Marc Ghazali hat uns mitgenommen auf eine politische Spurensuche.

Beiruts Gesicht ist bis heute im wahrsten Wortsinne so steinig wie die Geschichte des Libanon. Archäologische Fundstücke, zerstörte Hotels und riesige Investmentprojekte liegen nebeneinander. Jedes Gebäude erzählt seine eigene Vergangenheit und ist gleichzeitig Beweis dafür, wie kulturelles Vermächtnis neugestaltet, bewahrt oder zerstört werden kann.

Vor Ausbruch des Bürgerkriegs nannte man Beirut das „Paris des Nahen Ostens“. Die Stadt war nicht nur durch Fernöstliches aus Zeiten des Osmanischen Reichs geprägt, auch die Franzosen, unter deren Mandatsmacht

der Libanon zwischen 1920 und 1941 stand, hinterließen ihre Spuren. Vieles davon wurde während des Bürgerkriegs zerstört, denn die Kampflinie zog sich quer durch die Stadt. Manche Narben sind noch deutlich sichtbar, auf andere macht Marc uns während des Spaziergangs aufmerksam.

Über uns stehen zwei Männer. Ihre Körper sind von Schüssen zerlöchert, einem Mann fehlt ein Arm. Es ist das Denkmal auf dem Märtyrer-Platz, mitten in Beiruts historischem Zentrum. Der Ort hat eine bewegte Geschichte. Teilnehmer der Konferenz „Social and Transformative Justice in Conflict and Post-Conflict Settings“ blicken auf Einschusslöcher in dem Monument. Um „Positiven Frieden“ geht es bei der Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, darum also, was verändert werden müsste, wenn die Waffen schweigen, damit die Konfliktschneise sich nicht von Neu-

em dreht. Expertinnen und Experten aus Syrien sind dabei, auch aus Kolumbien, Irak, Serbien und der Bundesrepublik. Und aus dem Libanon. Die Stadtführung ist Teil des Programms. Marc beginnt zu erzählen.

Unter den Osmanen, noch vor den Stadtmauern, wurde er unter französischem Mandat zu einem der wichtigsten Plätze. 1916 wurden die Männer, denen die Statue gewidmet ist, hingerichtet, denn sie protestierten für das Ende der osmanischen Herrschaft. 1960 wurde das Denkmal eingeweiht, das die Statue zweier Frauen – einer Christin und einer Muslimin –, die händehaltend über einem Sarg stehen, ersetzte.

„Der Märtyrer-Platz“, so Marc, „ist einer der größten öffentlichen Plätze.“ So war es auch unter französischem Mandat. Die Straße, die rechts und links des Platzes verläuft, ist noch größer geworden, dreispurig rasen Autos vor-

bei. Und dann sind da noch ein riesiger Parkplatz und das eingezäunte Grün des unechten Rasens. Immer wieder war und ist der Platz Ort für Protest gewesen – doch viel Raum zum Protestieren gibt es seit dem Parkplatzbau nicht mehr. Nach dem Bürgerkrieg blieb von dem Platz nicht mehr viel übrig, umstehende Gebäude und das Denkmal waren stark zerstört worden. Der Blick nach Osten bleibt an Häusern hängen, die sich hinter grünem Netz verbergen. Überall in Beirut entstehen Neubauten.

Der Märtyrer-Platz befand sich auf der Grünen Linie, die Ost und West, Christen und Muslime, während des Bürgerkriegs trennte. Die Fronten zogen sich im Krieg quer durch Bevölkerungsschichten, genauso wie sich die Grüne Linie quer durch Beirut zog. Scharfschützen auf beiden Seiten sorgten dafür, dass sie nicht überquert werden konnte. Sie folgte der heutigen Damaskus-Straße vom Mittelmeer durch die Stadtmitte und am Nationalmuseum vorbei. Eines jener Gebäude, von denen heute nur noch Reste stehen.

Wir folgen der Grünen Linie ein Stück ins Stadttinnere. Dort ragt – von Weitem sichtbar – ein Gebilde, das einer riesigen Seife ähnelt, in die Luft. Es wird von den Beirutern nur „das Ei“ genannt und ist eines jener Gebäude, die die jüngere Geschichte des Libanons erzählen.

Von außen sieht es aus wie ein Bunker, und doch war es in den 1960er Jahren Teil einer Vision. Das „Beirut City Center“ sollte Freizeit, also das Angenehme wie Shopping und Kino, mit dem Notwendigen, zwei Bürohochhäusern, verbinden. Gebaut wurde nur ein Bürohaus und „das Ei“ – das Kino. Dann brach der Bürgerkrieg aus. Doch nicht nur der Häuserkampf hat seinen Teil dazu beigetragen, dass heute nur noch ein Teil des Eis und das darunterliegende Parkhaus steht. Während des 33-Tage-Kriegs zwischen Israel und Libanon 2006 wurden die Reste des „Beirut City Centers“ weiter zerstört. Die Narben am Ei sprechen davon.

Bis vor Kurzem, so erzählt Marc während es langsam dunkel in Beirut wird, hätten Beirutern das „Ei“ für temporäre Kunstinstallationen, Partys und Performances nutzen können. Nun hielten ein Zaun und Wachschützer Menschen davon ab, in das ehemalige Kino zu gelangen. Denn ein Investor habe große Pläne für das ehemalige „Beirut City Center“: Ein hochpreisiges Hotel und exklusive Bürotürme sollen entstehen.

Das ist nicht neu für die Stadt. Viele Kriegsruinen und ein gesamtes Viertel wurden von Investoren aus der Golfregion dem Erdboden gleichgemacht und es werden stattdessen die immer gleichen Gebäude, die an Dubai erinnern, errichtet. Doch das ist eine Geschichte für einen anderen Stopp auf unserem Weg durch Beirut.

Der Turm der St.-Georg-Kirche und die Minarette der Mohammed-al-Amin-Moschee tauchen vor uns auf, sie leuchten gegen den dunklen Himmel. Das Kreuz strahlt in LED-Gelb auf ▶

## Immer mitten drin oder kurz davor

Was muss getan werden, damit Konflikte nicht nur enden, sondern auch nicht wieder ausbrechen? Eine Tagung in Beirut diskutierte progressive Lösungsansätze. Von Anne Schindler

Das Beirut Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist im Mai 2017 eröffnet worden. Damals startete auch das Dialogprogramm Positiver Frieden, das sich mit den gewaltsamen Konflikten, ihren strukturellen Ursachen und ihren langen Nachwehen befasst. Die Stiftung konzentriert sich dabei zunächst auf den Libanon, Syrien und den Irak. Diese Länder haben eine lange und tiefe Gewalterfahrung, immer befand man sich mitten drin im Konflikt oder kurz vor dem nächsten, so beschreibt es Miriam Younes, die für das Dialogprogramm mitverantwortlich ist.

Die in der gesellschaftlichen Linken durchaus verbreitete Neigung, sich gewaltsamen Konflikten vorrangig durch eine geopolitische Brille zu nähern und Kriege, die Ursachen und Fragen der Konfliktbewältigung als Züge auf globalen Schachfeldern zu betrachten, macht das Dialogprogramm ausdrücklich nicht mit. Vielmehr stehen Fragen im Vordergrund, für deren Antworten man tiefer bohren muss und deren Lösung nicht schon mit der Beendigung von Kriegshandlungen erreicht ist. Arbeit für Positiven Frieden heißt also unter anderem: Analyse und Unterstützung progressiver Kräfte vor Ort, die sich für einen Wandel hin zu gerechten, emanzipatorischen und solidarischen Verhältnissen einsetzen. Was muss passieren, damit gewaltsame Konflikte nicht nur enden – sondern auch nicht wieder ausbrechen? Es geht also auch um die Formulierung linker Friedensstrategien.

Das rückt Konfliktursachen in den Blick, die erst einmal nicht viel mit den „großen Männern der Weltpolitik“ zu tun haben und auch nicht dadurch verschwinden, dass man sich auf die eine oder andere Seite stellt. Es geht vielmehr um klein erscheinende Dinge mit großer Wirkung. Um die Kosten der sozialen Infrastruktur im Irak zum Beispiel, wem sie zugute käme und welche Wirkung das auf Konflikte hat. Es

geht um die lange zurückliegenden Gründe der Auseinandersetzung in Syrien, die erst nach dem Aufbegehren zu einem internationalen Stellvertreterkonflikt gemacht wurde. Oder es geht um die Frage, wie Genertifizierung und Bauökonomie in Beirut dazu beitragen, dass die Gefahr neuer Konflikte weiter real bleibt.

Deshalb passt ein kritischer Stadtsparzergang auch zu einer Konferenz, die sich dem Thema „Social and Transformative Justice in Conflict and Post-Conflict Settings – a comparative approach“ zuwendet. Mitte November diskutierten über 30 Expertinnen und Experten auf Einladung des Beirut Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung über Fragen soziale Gerechtigkeit, die strukturellen Ursachen von Konflikten und über mögliche Lösungsansätze. Mit dabei waren Vertreterinnen und Vertreter aus Syrien, Ost-Timor, Kolumbien, dem Libanon, dem Irak, Serbien, Bosnien, Schottland, USA und Deutschland.

Eröffnet wurde die Tagung mit einem Beitrag des Historikers und Politikwissenschaftlers Fawaz Traboulsi. Diskutiert wurde unter anderem über die Rolle lokaler Auseinandersetzungen für transformative Gerechtigkeit, die auf eine Überwindung von Gewalt und den ihr zugrunde liegenden Strukturen zielt, und die deshalb auch die Rolle von staatlichen Institutionen, ökonomischen Strukturen und kulturellen Aspekten kritisch einbezieht. Thema waren auch die „schrumpfenden Räume“ für die Zivilgesellschaft, die einem auf „Positiven Frieden“ gerichteten Engagement in Konflikten, aber auch in Nachkriegssituationen das Leben erschweren. Außerdem standen Aspekte der Kriegsökonomie und Nachkriegswirtschaft sowie der zivilen Konfliktbearbeitung auf dem Programm. Die Beirut Tagung war die erste ihrer Art in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aber es war ganz sicher nicht die letzte, künftig sollen jährlich neue Ausgaben folgen.



## Die Rechte der Verschwundenen

Begonnen hat alles mit der Entführung des linken Aktivisten Adnan Halwani 1982 in Beirut mitten im libanesischen Bürgerkrieg. Dem Aufruf seiner Frau im Radio, die an Familien appellierte, die ebenfalls Entführungen zu beklagen hatten, wurde zum Erfolg. Hunderte versammelten sich, ein „Komitee der Eltern der Verschwundenen“ wurde gegründet.

Bis heute ist das Schicksal vieler Menschen, die während des libanesischen Bürgerkriegs von 1975 bis 1990 verschwanden, nicht geklärt. Von bis zu 20.000 Vermissten ist die Rede – es fehlt an Informationen und an einem Status, der die Opfer und ihre Angehörigen ins Recht setzt. Hinterbliebene wollen ihre Familienmitglieder begraben, womöglich noch Inhaftierte sollen freikommen. Und, das ist bis heute auch ein Ziel des Committee of the Families of Kidnapped and Disappeared: Die Politik soll sich für diese Menschen interessieren.

Eine im Jahr 2000 eingesetzte Untersuchungskommission brachte nur zum Teil Licht ins Dunkel, die Existenz von Massengräbern wurde zwar eingeräumt, diese Orte aber weder gesichert noch die Toten geborgen. Weitere Kommissionen folgten, bis 2014 weigerten sich die libanesischen Behörden jedoch, die Familien der Verschwundenen ausreichend ins Bild zu setzen. Seitdem existiert ein Recht auf Information, das Komitee sieht darin einen kleinen Schritt, aber noch keine vollständige Anerkennung der Lage der Verschwundenen und ihrer Angehörigen.

Also macht das Komitee weiter und arbeitet heute mit vielen Menschenrechtsorganisationen zusammen, etwa dem International Center for Transitional Justice.

Committee of the Families of Kidnapped and Disappeared, Libanon, Menschenrechte, gegründet 1982.

uns herab. Exakt gleich groß sind Turm und Minarette. Die Moschee wurde 2007 fertig gestellt, mit Minaretten, die den Kirchturm um einiges überragten. Daraufhin, so Marc, erhielt die Kirche einen neuen Turm. Um einen weiteren Wettstreit zu vermeiden, beließ man es dabei, auf die gleiche Größe zu kommen.

Hinter den beiden Gotteshäusern erstreckt sich eine Ausgrabungsstätte. Eine Künstlerin wollte einen Garten der Vergebung, einen Ort des Denkens und des Gedenkens dort eröffnen. Verwirklicht wurde ihr Plan nie. Heute stehen fünf Säulen eines römischen Markts aus vergangenen Zeiten als Überreste aus der bewegten Geschichte Beiruts zwischen Neubauten und den Gotteshäusern. Wie an so vielen anderen Orten in der Stadt bleibt das Erbe der Geschichte sichtbar. Eine Auseinandersetzung mit dem, was geschehen ist, wird jedoch vermieden.

Beirut durchziehen noch heute unsichtbare Linien. Es wird nicht mehr geschossen, und dennoch sind Stadt und Staat nach Konfessionen getrennt. Heute funktioniert dies friedlich. Die Religionshäuser zeugen davon. Und auch das Parlament, ein Bau aus der Zeit des französischen Mandats, zeigt dies jeden Tag. Je 64 Sitze haben christliche und muslimische Abgeordnete in der Nationalversammlung.

Eine neue Macht braucht neue Orte. So beschreibt es Marc. War unter den Osmanen der Märtyrer-Platz das Zentrum Beiruts, erbauten die Franzosen einen sternförmigen Platz, an dessen westlicher Spitze die Nationalversammlung thront. In seiner Mitte ein Turm – eine Rolex zeigt die Zeit. Die Uhr lässt es schon erahnen, man befindet sich im edleren Teil Beiruts.

Es dauert in der Regel 80 Jahre, bis Menschen sich Geschichte aneignen, so unser Stadterklärer. Verschmähten die Beiruter einst die französische Architektur, ist der Nejmeh-Platz heute Teil des Beiruter Bewusstseins. Vielleicht gehören eines Tages auch die Luxustürme dazu, die mit saudischem Geld bezahlt werden – aber nicht mehr zu seinen Lebzeiten, ergänzt Marc und lacht.

„Schichten einer Geisterstadt“, so nennt Marc seine politische Stadtführung. Wir sind mittlerweile in Downtown Beirut angekommen. Steht man zwischen den Häusern voller Eigentumswohnungen, weiß man, was er damit meint. Nur wenige der Fenster sind erleuchtet, viele Wohnungen wirken unbewohnt, als seien sie nur eins: Spekulationsobjekt. Sie strahlen Kälte aus, dagegen hilft auch nicht, dass ihre Fassaden in warmes Licht getaucht sind. Das einst so vibrierende Leben findet hier nicht mehr statt. Keine Menschenseele ist auf den Straßen unterwegs, Bänke, Cafés oder Spielplätze sucht man vergebens.

Ein Gebäude fällt sofort ins Auge: dieser graue, kriegsvernarbte Betonklotz ohne Fenster. Es ist das einst edelste Holiday Inn im Nahen Osten. Seine glänzende Zeit fiel schon ein Jahr nach Eröffnung dem beginnenden Bürgerkrieg zum Opfer. Das Hotel wurde sofort von

Scharfschützen vereinnahmt, seine 26 Stockwerke boten einen weiten Blick über die Stadt. Die Einschusslöcher in der Fassade des Holiday Inns zeugen von dieser Zeit. Nicht nur mit Gewehren, auch mit Granaten und Raketen wurde hier versucht, den Feind zu treffen.

Dass das Hotel immer noch steht, verdankt es seinen komplizierten Besitzverhältnissen. Die libanesischen Gesellschaft möchte das Gebäude renovieren und – wie überall im Viertel – teure Luxuswohnungen anbieten. Die Kuwaiter Seite hingegen möchte es abreißen und ein neues Gebäude errichten, das sich besser in die Luxustümelandschaft einreicht.

Wer baut solche Landschaften und warum scheint hier kein Haus älter als 20 Jahre zu sein – vom Holiday Inn mal abgesehen? Wir setzen uns vor einen riesigen Rohbau, der schon eine Weile verlassen aussieht. Irgendwann wird er seine Türen für gut zahlende Gäste öffnen – auf dem Zaun, der ungebundene Gäste abhalten soll, wird angekündigt, dass hier das Hyatt gebaut wird. 81 Millionen US-Dollar wird der Bau mindestens kosten. Wenn er denn fortgesetzt wird. Die angespannte finanzielle Lage und die Unruhe im Land haben das Vorhaben erst einmal gestoppt.

Anders als das Hyatt sind viele andere Glas- und Betonpaläste bereits fertig gebaut und mehr oder weniger mit Leben gefüllt. Ihre Konstruktion hat die Schichten Beiruts verschwinden lassen, die Geschichte der Stadt. Auf römischen, osmanischen, französischen und anderen Erinnerungsstücken ist ein Viertel ohne Seele entstanden.

Die Firma Solidere steht wie keine andere für diese Destruktion. Nach Ende des Krieges wurde mit der Planung des Wiederaufbaus begonnen. Das private Unternehmen Solidere, gegründet vom späteren Präsidenten Rafik Hariri, übernahm den Wiederaufbau des historischen Zentrums Beiruts und erkaufte die Besitzrechte für den rentablen Boden. Die Vision: Beirut soll wieder Weltklasse werden.

In Wahrheit kann man hier wohl kaum von einem Wiederaufbau sprechen. Innerhalb kürzester Zeit wurden die Gebäude im Viertel dem Erdboden gleichgemacht – ganz egal, ob zerstört, von Kriegsnarben gezeichnet oder unbeschadet. Besitzer wurden mit Anteilen der Firma abgespeist. Hariri, milliardenschwerer Bauunternehmer, profitierte genau wie viele andere Mitglieder der Regierung und deren Geschäftspartner von Solideres Tun.

Die Stadt und insbesondere ihr historisches Zentrum werden mehr und mehr zu einem Ort des sozialen und kulturellen Ausschlusses. Profitgedanke und Investitionsobjekte stehen weit vor den Interessen der Beiruter. Die Privatisierung von Downtown Beirut hat zwar die libanesischen Wirtschaft angekurbelt, aber der Preis dafür ist hoch: Mieten, die sich immer weniger Menschen leisten können, eine Stadt, deren steinerne Biografie neuen Spekulationsobjekten weichen muss und in der öffentliche Plätze und Wünsche immer weniger Raum bekommen.

# Die stille Revolution von Makueni

Diebstahl öffentlicher Ressourcen ist einer der größten Konfliktherde in Kenia. Das Dorf Mwaani geht nun gegen Korruption vor. Von Anja Bengelstorff

Manchmal ist die Größe von Steinen eine Sache der Demokratie. Sind sie zu klein, läuft die Demokratie Gefahr, ins Wanken zu geraten. Doch zum Glück hat die Bäuerin Phyllis Nduva, 65, aus dem 1.000-Seelen-Dorf Mwaani im Osten Kenias ein Handy mit Kamerafunktion und weiß, wie Demokratie funktioniert. Und das geht so: Bäuerin Nduva fotografiert die Grundsteine des neuen Gesundheitszentrums, mit denen die Baufirma eben erst das Fundament gelegt hat. Sie schickt die Fotos an Bauer David Mutisya, 33, den Vorsitzenden des Baukomitees. Dieser schaut auf den Bauplan, den ein Ingenieur der Bezirksregierung zuvor dem Komitee im Detail erklärt hat, und bestätigt Nduvas Vermutung: Die Steine sind zu klein. Das Baukomitee bestellt die Baufirma ein, konfrontiert den Bauleiter. Kleinere

oder minderwertigere Komponenten als die bestellten zu liefern, aber das höherwertige Produkt zu berechnen – das ist die Sprache der Korruption.

Die Bauern aus Mwaani aber fordern die für das Fundament notwendigen Steine. Das Zentrum soll auf soliden Füßen stehen. Der Bauleiter hat keine Chance, er muss die Steine austauschen. Er muss ertragen, dass täglich Mitglieder des Baukomitees um seine Baustelle herumstreichen und sich Notizen machen. Jeden Handgriff seiner Bauarbeiter mit Argusaugen überwachen. Er kann nichts tun, denn diese Bauern sind seine Bauherren: Die EinwohnerInnen von Mwaani wollten ein Gesundheitszentrum, und jetzt bauen sie sich eins. Und nur wenn sie zufrieden sind, nur wenn sie der Bezirksregierung schriftlich bestätigen, dass der Bau wie geplant fertigge-

stellt ist, überweist die Bezirksregierung der Baufirma ihren Lohn.

In Kenia fordert man keine Autoritäten heraus. In Kenia besteht man nicht auf seinem Recht. In Kenia konfrontieren Dörfler keine Firmen. Doch die neue Verfassung von 2010 verlagert ausgewählte Regierungsfunktionen hin zu 47 neu geschaffenen Bezirken, darunter etwa die Gesundheitsversorgung, Vorschulerziehung und Instandhaltung von Nebenstraßen auf dem Land. Seit der vorletzten Wahl im März 2013 wird diese Dezentralisierung konkret umgesetzt. Basisdemokratie ist dafür essenziell. Die BürgerInnen und nicht mehr die Zentralregierung im fernen Nairobi sollen entscheiden, wie ihr Dorf, ihre Stadt, ihr Bezirk entwickelt werden.

Die 47 Bezirke erhalten zusammen mindestens 15 Prozent des Staatsbudgets. Jedes indi-



Eine UNO-Analyse von 2016 zählte mehr als 33.000 durch den Bürgerkrieg in Syrien beschädigte Gebäude.

Foto: Doha Hassan

viduelle Budget wird über eine Formel berechnet, die auf der Einwohnerzahl, der Größe des Bezirks und seiner Armutsrate beruht sowie einen fixen Anteil für Verwaltungskosten beinhaltet. Jeder Bezirk hat ein lokales Parlament mit einem Gouverneur an der Spitze. Kenia leistet sich eine teure Demokratie.

„Die Präsidentschaft war das Tier, das gebändigt werden musste“, sagt Abraham Rugo, Leiter des Kenia-Büros der International Budget Partnership. Die Organisation unterstützt weltweit Zivilgesellschaften dabei, durch Analysen von Staatsbudgets Regierungsführung zu verbessern. Das „Tier“ verkörperte der frühere Staatspräsident Daniel arap Moi, der bis 2002 das Land jahrzehntelang diktatorisch regiert und sämtliche Staatsmacht in den Händen gehalten hatte. Diese Position war die Quelle aller Konflikte, denn nur der Präsident bestimmte, welche Ressourcen Kenias – im Klartext: Geld – wohin verteilt wurden.

„Es war kein Platz für andere, sich gleichberechtigt am Lenken des Landes zu beteiligen“, sagt Rugo. Macht dezentralisieren, um Konflikte vorzubeugen: Das sollte die neue Verfassung von 2010 erreichen. Die Allmacht des Präsidenten beschneiden, sie horizontal an Parlament und Justiz übertragen, aber auch vertikal an eigenständige regionale Verwaltungseinheiten. Eine Gesellschaft, die gerade so überlebt, zu einer Gesellschaft machen, die floriert. Alle Macht gehört dem Volk, so steht es in Artikel 1 der kenianischen Verfassung.

Um soziale Konflikte zu entschärfen oder abzuwehren, geht das Dokument sehr ins Detail. So sieht es zum Beispiel eine klare Anerkennung marginalisierter Gruppen vor wie etwa der Ogiek, einer ethnischen Minderheit von circa 35.000 Menschen, die als Jäger und Sammler in den Wäldern Zentralkenias lebt und seit Jahrzehnten um ihren Verbleib in den Wäldern kämpft. Auch dürfen nicht mehr als zwei Drittel eines Geschlechts in öffentliche Ämter gewählt werden: Dies soll Frauen besseren Zugang zu Entscheidungspositionen ermöglichen. Bis heute jedoch hat das kenianische Parlament es nicht geschafft, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Nur 22 Prozent der Parlamentarier sind Frauen.

Unter Präsident Moi hatte die Region, aus der er stammt, die meisten Schulen und die besten Straßen. KenianerInnen in anderen Teilen des Landes hatten nie eine gepflasterte Straße überquert. Um Ressourcen regional gerechter zu verteilen und Unmut zwischen den 44 Ethnien Kenias zu vermeiden, sieht die Verfassung die 47 Bezirke vor. Im Dorf Mwaani haben die Menschen den Geist der Verfassung begriffen und lassen ihre neugewonnene Entscheidungsfreiheit nicht mehr los. Mwaani ist eine Siedlung im Bezirk Makueni. Hier leben sie von der Landwirtschaft; Mangos und Orangen gedeihen prächtig, doch die Wasserversorgung ist ein Problem. Fast zwei Drittel der knapp eine Million EinwohnerInnen sind arm.

Doch eine stille Revolution breitet sich aus in Makueni: Der Bezirk gilt als Musterbeispiel

für eine gelingende Dezentralisierung. Als einziger der 47 Bezirke in Kenia hat er klare Richtlinien und Strukturen für die politische Bildung und Aufklärung seiner BürgerInnen. Die Zivilgesellschaft war hier lange vor dem Strukturwandel eine der aktivsten des Landes. Doch vor allem führt ein Mann Makueni, der als Vater der Dezentralisierung gilt und bei diesem Aspekt großen Einfluss auf die Verfassungsschreibung hatte: Juraprofessor Kivutha Kibwana, von seinen BürgerInnen andächtig nur „Prof“ genannt.

„Wir fühlen uns großartig“, sagt David Mutisya vom Baukomitee in Mwaani. „Endlich werden wir ernst genommen.“ Mwaanis Bäuerinnen und Bauern hatten beratschlagt und entschieden: Die nächste Krankenstation in der Bezirkshauptstadt Wote ist zu weit entfernt, sie wollten eine Klinik im Dorf. Als die Bezirksregierung nach ihren Wünschen fragte, waren sie vorbereitet. Ein Baukomitee

*„Dies ist einer der wichtigsten Gründe für Konflikte in Kenia. Niemand wird für Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen.“*

wurde gebildet, dem neben Fachleuten aus der Bezirksregierung sieben DörflerInnen angehören, und der junge Bauer David Mutisya zum Vorsitzenden gewählt. Etwa 30.000 Euro kostete der Bau – keinen Cent mehr als veranschlagt. Mit diesen Management-Komitees haben die Menschen einen demokratischen Schlüssel in der Hand. Sie ermöglichen Transparenz und geben ihnen das Gefühl, dass nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. „Die Leute verstehen jetzt: Es ist unser Projekt, und es ist unser Geld“, sagt Patrick Mutunga, ein Mitglied des Baukomitees.

Hat die kenianische Regierung zwar mit ihrer progressiven Verfassung ein mächtiges Instrument zur Lösung tiefsitzender und jahrzehntealter Konflikte in der Hand, unterwandert sie deren Umsetzung doch kontinuierlich. „Die Regierung stellt sicher, dass die Bezirke nicht genug Geld bekommen, um zu funktionieren“, weiß Abraham Rugo. „Obwohl das Gesundheitssystem vollständig de-

zentralisiert ist, hält die Nationalregierung 70 bis 80 Prozent seiner Funktionen weiter in der Hand. Zudem braucht es Jahre, um Gesetze im Parlament durchzubringen.“ Die Regierung verlangsamte die Verfahren, um keine Macht abgeben zu müssen.

Für den Verwaltungsexperten ist die größte Errungenschaft der Verfassung, „die Stimme des Volkes gehört“ zu haben. „Sie ist aber auch die am häufigsten missbrauchte.“ Längst nicht überall funktioniert es wie im Bezirk Makueni. Die neue Struktur hat auch die Korruption dezentralisiert: Kassierten früher vor allem Minister ab, bereichern sich nun auch die lokalen Parlamente. Innerhalb kurzer Zeit wohnen teure Autos, leisten sich Leibwächter auf Kosten der Steuerzahler. Sie finden Wege, Regierungsaufträge von Unternehmen, die Verwandten gehören, ausführen zu lassen. So bleibt der Gewinn in der Familie. Ein Bezirk hebt seit zwei Jahren einen Straßengraben aus, in dem sich inzwischen Müll sammelt, denn der Bau steht still: Jemand ist mit dem Geld für die Baufirma verschwunden.

Die Verfassung sieht umfassende Kontrollmaßnahmen bei der Verteilung von Staatsressourcen an die Bezirke vor. Doch diese Verfahren kosten Zeit und Geld. „Bevor ein Bezirk sein Geld bekommt, um etwa ein Gesundheitszentrum zu bauen, sind sieben bis acht Instanzen auf verschiedenen Ebenen zu durchlaufen“, hat Rugo beobachtet. „Denn wir vertrauen weder einander noch dem System. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für Konflikte in Kenia. Niemand wird für Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen.“ Dieses Vertrauen, ist er überzeugt, lässt sich nur herstellen, wenn eine gewählte Regierung dem Gesellschaftsvertrag mit ihren BürgerInnen nachkommt, „nämlich für alle zu sorgen, egal wer am Regierungstisch sitzt“, und indem die Gesetze für alle gelten.

Bisher tun sie das nicht. Noch nie ist jemand in Kenia wegen Korruption verurteilt worden, und doch ist der Diebstahl öffentlicher Ressourcen einer der größten Konfliktherde jedes Staates, auch Kenias. Zwar hat Präsident Uhuru Kenyatta 2015 Korruption zum nationalen Sicherheitsrisiko erklärt, doch hat eine kenianische Tageszeitung vor Kurzem ausgerechnet, dass in den vergangenen 5 Jahren nur 13 Prozent der Staatsausgaben korrekt abgerechnet wurden. Es fließt so viel Geld aus dem Regierungsapparat, dass manche Regierungsgeschäfte nicht mehr funktionieren.

„Dieser Konflikt war noch nie so intensiv wie heute“, sagt Abraham Rugo, „aber die Leute halten still“, aus Angst, das wenige, was sie sich mühsam aufgebaut haben, wieder zu verlieren. So haben sich die KenianerInnen auf ihre privaten Konfliktlösungsstrategien zurückgezogen: Eine wachsende Mittelklasse ist finanziell in der Lage, für sich selbst und etliche Familienmitglieder zu sorgen. Selbsthilfegruppen und Mikroversicherungen stopfen weitere finanzielle Löcher.



2006 erhielt Aleppo als zweite Metropole den Titel „Hauptstadt der Islamischen Kultur“.

Foto: Doha Hassan

## Afghanistans kriegsbedingte soziale Schere

Eine Schicht von Neureichen profitiert vom Konflikt, während die Masse der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt. Von Thomas Ruttig

Wenn eine Zahl über Erfolg oder Misserfolg der US-geführten Intervention von 2001 in Afghanistan Auskunft gibt, dann diese: 54,5 Prozent, über die Hälfte aller Afghaninnen und Afghanen, lebten 2018 wieder unterhalb der nationalen Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag. Der neue Wert liegt sogar über dem ersten verfügbaren Wert von 2003, nachdem westliche Truppen und verbündete Mudschahedin das Taliban-Regime gestürzt und die späteren Entwicklungstransfers – mittlerweile etwa 100 Milliarden US-Dollar – noch nicht gegriffen hatten.

Ein paar Jahre ging es danach bergauf, wenn man den Statistiken glauben kann – und das kann man nicht, weil die afghanischen Behörden oft Schönfärberei betreiben und die westlichen Geber ihre Zahlen nur zu gern glauben.

Die Zahl der drei bis vier Millionen Mädchen in den Schulen ist ein Beispiel dafür. 2011 – das Jahr mit den bisher höchsten Ent-

wicklungszahlungen an Afghanistan – stand die Rate bei 35,8 Prozent. Dann aber fraß der Krieg das Erreichte zunehmend wieder auf.

Über den gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Afghanen, die in „Nahrungsmittelunsicherheit“ leben (früher Hunger genannt), von 30,1 auf 44,6 Prozent. Das bedeute, so der Bericht, dass „mehr Menschen gezwungen sind, ihr Land zu verkaufen, ihre Kinder aus der Schule zu nehmen um zu arbeiten oder von Nahrungsmittelhilfe abhängig sind“.

Präsident Aschraf Ghani nannte die 2011er Zahl damals eine „Schande“ für seine Regierung. Inzwischen betreibt auch er Schönfärberei. Bei der jüngsten internationalen Afghanistan-Konferenz in Genf nannte er einen Wert von 40 Prozent – und das, obwohl der neue Wert im Mai gemeinsam von seiner Regierung, der Weltbank und der EU veröffentlicht wurde. Der diesjährige Bericht lag im Übrigen im Mai schon länger vor, aber die afghanische

Regierung überlegte noch, ob er wirklich veröffentlicht werden sollte.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk spricht von einer „nie dagewesenen Zahl“ an Binnenvertriebenen, davon 94 Prozent als Ergebnis des Konflikts – 316.000 neue Vertriebene allein 2018. Die akkumulierte Zahl betrug Mitte 2018 1,8 Millionen.

Aber nicht allen geht es schlechter. Nach 2001 hat sich eine Schicht extrem reicher Afghanen gebildet, die entweder von den Milliardenaufträgen des westlichen Militärs profitierten oder Projektgelder unterschlugen, oft auch beides. Man erkennt sie an ihren Immobilien, oft mehrere millionenschwere Villen, Shopping Centers und andere Immobilien – und an den regelmäßigen Aufenthalten in Dubai, New York oder München.

Der Weltbank-Landeschef für Afghanistan rechnete in seinem Blog sogar vor, dass das bis 2012 anhaltende Wirtschaftswachstum

gleichzeitig mehr Armut schuf: „Für jedes Prozent BIP-pro-Kopf-Wachstum wuchs die Armut in dieser Periode um 0,2 Prozent.“

Oft betrachten sich diese afghanischen Kriegsgewinnler als über dem Gesetz stehend. Sie haben entweder einflussreiche Regierungspositionen oder Parlamentssitze inne oder ihre Verwandten, oder sie genießen den Schutz politischer Größen. Anfang Dezember brauchte die afghanische Polizei 20 Stunden, um nach einer wüsten Schießerei mitten im Kabuler Zentrum des Vertreters einer großen ausländischen Logistikfirma habhaft zu werden, der sich dagegen wehrte, ein Wohnhaus aufzugeben, das er laut Gerichtsurteil illegal bewohnte. Seine Wachen waren bis an die Zähne bewaffnet und im Besitz offizieller Polizeiuniformen. Stiefvater des Delinquenten ist ein früherer afghanischer Verteidigungsminister, dessen Sohn im Speckgürtel um Pentagon und CIA-Hauptquartier in Virginia ansässig ist, einen US-Pass besitzt und 2001 dort noch mit Autos handelte.

Auch bei den Parlamentswahlen am 20. Oktober traten reihenweise Afghanistans Neureiche oder deren Brüder, Söhne, manchmal auch Töchter und Cousins an. Nur 35 von ihnen wurden wegen Verbindungen zu illegalen bewaffneten Gruppen ausgeschlossen.

Ein guter Teil der Afghanen glaubt deshalb überhaupt nicht daran, dass ihre Eliten daran interessiert sind, den Krieg zu beenden. Ein Friedensschluss würde wohl nämlich nicht nur zum Abzug der meisten westlichen Soldaten führen, sondern die damit verbundenen Finanzströme könnten versiegen. Schon nach dem Ende der ISAF-Mission, zwischen 2012 und 2016, senkten die USA ihre Zahlungen an Afghanistan deutlich – nach USAID-Angaben von 13 auf 5,6 Milliarden Dollar. Trend für 2017 und 2018: weiter stark abnehmend.

Zwischen 1.000 und 1.400 Milliarden US-Dollar gab die Staatengemeinschaft seit 2001 für Afghanistan aus. Das meiste Geld kam nie nach Afghanistan, denn es floss in den Sold, die Bewaffnung und Ausrüstung der westlichen Soldaten – in Spitzenzeiten, zum Ende der Regierungszeit Obamas, 140.000 Mann – oder an nichtafghanische Firmen.

Große Summen kosteten die Zuschläge für Auslandseinsätze, die Nachsorge für Soldaten oder die Angehörigen der laut dem „Costs of War Project“ der Brown-Universität in den USA etwa 7.500 gefallenen nichtafghanischen Soldaten und Kontraktoren, also Mitarbeitern privater Sicherheitsfirmen. Von dem, was nach Afghanistan floss, verblieb ebenfalls nach Weltbank-Angaben weniger als ein Drittel im Land, bei vom Militär abgewickelten Projekten sogar noch weniger.

Auch in Afghanistan waren die Aufträge zur Versorgung und zum Schutz der Soldaten am lukrativsten. Der Schlüssel bei der Vertragsvergabe ist der Zugang zu den westlichen Geldgebern. Da haben Politiker oder auch wer einfach Englisch spricht die besten Karten.

Mancher Armeedolmetscher wurde Großunternehmer. (Die meisten aber blieben arme Schlucker, und viele mussten wegen der Verfolgung durch die Taliban das Land verlassen.)

Einer der dicksten Brocken in diesem Geschäft war der sogenannte Host-Nation-Trucking(HNT)-Vertrag im Wert von 2,16 Milliarden US-Dollar Jahresvolumen, den das Pentagon ab 2008 mit acht Firmen in den USA, in Nahost und Afghanistan abschloss. Darüber wurden 70 Prozent der gesamten Logistik für die US-Truppen in Afghanistan abgewickelt.

Eine der acht beteiligten Firmen gehörte Hamid Wardak, Afghane mit US-Staatsbürgerschaft und Sohn von Rahim Wardak, 2004 bis 2012 Verteidigungsminister Afghanistans. Wardaks Firma erhielt 360 Millionen Dollar pro Jahr. (Sie ist inzwischen nicht mehr beteiligt, dafür aber eine, deren afghanische Filiale von seinem Stiefbruder Tamim Schansab geleitet wird.) Eine weitere beteiligte Firma gehört Amanullah Gusar, einem der wichtigsten Feldkommandeure der ehemaligen Nordallianz im Raum Kabul.

*Ein guter Teil der Afghanen glaubt überhaupt nicht daran, dass ihre Eliten daran interessiert sind, den Krieg zu beenden.*

Schon 2010 wurde der HNT-Vertrag in einem Bericht des US-Kongresses als „Schutzgeldunternehmen“ bezeichnet, das „Warlordismus, Erpressung und Korruption anfacht und möglicherweise eine wichtige Einnahmequelle der Aufstandsbewegung ist“. Beteiligte Firmen hatten sehr wahrscheinlich Schutzgelder an die Taliban für ihre Konvois zu den damals 200 Stützpunkten der US-Truppen bezahlt.

Ursprung der systemischen Korruption in Afghanistan sind die Millionenzahlungen der CIA an eine ganze Reihe von Warlords, die der Geheimdienst nach dem 11. September 2001 so als Verbündete zum Sturz des Taliban-Regimes gewonnen hatte, nicht zuletzt, um dadurch die Zahl der US-Truppen und deren Opfer zu minimieren. Das ist inzwischen durch ein gutes Dutzend Memoiren Beteiligter bekannt.

Die Warlords reinvestierten dieses Geld so wie die Gewinne aus dem Drogenhandel. Sie bewaffneten ihre Milizen wieder, kauften Ämter und manipulierten Wahlen. Inzwischen sind die Gelder gewaschen. Den Warlords gehören ganze Straßenviertel. Jeder in Kabul kennt die Namen der Inhaber großer Hotels, Shopping Malls und Privatbanken.

Noch größer dürfte der Kapitalabfluss sein. Schätzungen zufolge flossen allein 2011 bar 4,5 Milliarden US-Dollar legal über den Flughafen Kabul ab – vor allem nach Dubai und in westliche Länder. Bis 2012 war das völlig legal, nur dass sehr wahrscheinlich das Geld illegal erworben wurde. Im Oktober 2009 traf der damalige Vizepräsident Ahmad Zia Massud mit 52 Millionen Dollar in Dubai ein.

Auf oberster Ebene profitierte die Familie von Expräsident Hamid Karsai (2001–2014) unter anderem von Direktzahlungen westlicher oder anderer Geheimdienste. Bekannt wurden Millionenzahlungen aus dem Iran, die von dort in Plastiktüten eingeflogen wurden, wie die „New York Times“ 2010 berichtete. In ihrer Heimatstadt Kandahar verpachteten die Karsais der CIA Land für deren Stützpunkte. Ein Bruder baute und verkaufte Luxuswohnungen auf Land, das früher einmal dem Staat gehört haben soll. Ein anderer Bruder, Ahmad Wali, der 2011 ermordet wurde, mischte im Logistikgeschäft mit. Zudem baute er eine Miliz auf, die mit den Amerikanern auf Talibanjagd ging. Steve Coll, Journalist beim „New Yorker“, bezeichnet in seinem jüngsten Buch „Direktorat S“ das Geschäftsgehebe der Karsais in Südafghanistan als „Schutzgeldunternehmen“ und zitiert Berichte der US-Botschaft, dass Wali Karsai „in weiten Kreisen als korrupt und Drogenhändler“ bekannt war.

Wali Karsais Nachfolger, General Abdul Rasek, bis vor kurzem Polizeichef Kandahars und ebenfalls ein Karsai-Verbündeter, kontrollierte den Drogenhandel und weitere lukrative Schmuggelaktivitäten aus Pakistan über den zweitwichtigsten Grenzübergang in Spin Boldak. Geschäftskonkurrenten ließ er umbringen; ihre Leichen wurden dann als getötete Talibankämpfer abgerechnet. Human Rights Watch berichtete ausführlich. Trotzdem ließen sich US-Kommandeure immer wieder Arm in Arm mit ihm ablichten. Mitte Oktober fiel Rasek einem Attentat zum Opfer, für das die Taliban die Verantwortung übernahmen. Vielleicht aber war es auch Rache für einen seiner zahlreichen Morde.

Weitere lukrative Geschäftsfelder, in die sich Regierungsmitglieder und Taliban teilen, sind die Drogenwirtschaft und der Bergbau. Allein der Ausstoß der Opium-Industrie, der 2017 den absoluten Weltrekordwert von 9.000 Tonnen erreichte, war nach UN-Angaben zwischen 4,1 und 6,6 Milliarden US-Dollar wert. Kriegsbedingt hat sich die Produktion zwischen 1979 und 2002 verfünffach und ist seither noch einmal auf das 4,5-fache gewachsen.

Die Frontlinie mitten auf der Straße im Stadtteil Saif al-Dawla im Norden von Aleppo, Mai 2015

Foto: Hosam Katan



### Hosam Katan

Hosam Katan wurde 1994 im syrischen Aleppo geboren. 2012 begann seine fotografische Arbeit für das Aleppo Media Center, von 2013 bis 2015 berichtete er als freiberuflicher Fotograf über den Krieg. Die Fotos auf dieser und den folgenden Seiten sind in dem Band „Yalla Habibi – Living with War in Aleppo“ veröffentlicht (Kehrer, Heidelberg 2017, 152 Seiten). „Das Buch zeigt Menschen, die täglich bemüht sind, die Schrecken des Krieges mit etwas Normalität auszugleichen und ihre Würde zu wahren“, heißt es in den Medien. Die

Bilder aus Aleppo „zeigen Momentaufnahmen der zwiespältigen und kontrastierenden Erfahrungen und Emotionen dieser Menschen. Väter, die den Tod ihrer Kinder beweinen, ein Mann, der streunende Katzen füttert, Jugendliche beim Baden in Bombentrümmern, gefüllt mit Regenwasser. Wut, Freude, Trauer, Mut, Verzweiflung, Entschlossenheit, Solidarität, Widerstand, Aufregung – all diese Gefühle können sich im Krieg von einer Sekunde zur nächsten ändern.“ Hosam Katan gewann für seine Arbeiten zahlreiche Preise.

Der US-Thinktank Brookings schätzt, dass nur ein Viertel der Gewinne an die Produzenten geht. Den Löwenanteil teilen sich Händler und Geldwäscher innerhalb, aber meist außerhalb des Landes. Laut Brookings lagen 2017 die geschätzten Einnahmen der Taliban aus der Opiumwirtschaft bei 116 bis 184 Millionen US-Dollar. Das meiste bleibt also auf Regierungsseite oder in ihrer Nähe hängen, als Direktprofite oder Schutzgelder.

Teile der Umwandlung von Opium in Heroin sollen inzwischen nach Afghanistan verlagert worden sein, was die Gewinnspannen der Beteiligten noch einmal kräftig erhöht. Damit verbunden ist der weitverbreitete Ämterverkauf, etwa im notorisch korrupten Innenministerium; Positionen als Distriktgouverneur oder Polizeichef entlang wichtiger Drogenrouten werden im sechsstelligen Dollarbereich gehandelt, wie man unter der Hand in Kabul erfahren kann. Auch hier werden Schutzgelder abgeschöpft; verhaftete Drogenhändler kaufen sich regelmäßig frei, wenn sie nicht sowieso mit örtlichen Machthabern kooperieren.

Im Bergbau – in Afghanistan gibt es vor allem Gold, Kupfer, Bauxit für die Aluminiumherstellung, Marmor und Lithium – stehen mindestens die Hälfte aller Bergwerke nicht unter Regierungskontrolle. Auch hier teilen sich lokale Machthaber, Regierungsbeamte und Taliban oft die Einkünfte, oft in gegenseitiger Absprache.

Schwerer zu messen sind die Umsätze der internationalen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie, die aus dem Afghanistankrieg resultieren. Zu den Milliardenauftragsnehmern gehörte die Firma Blackwater – inzwischen nicht mehr unter diesem Namen tätig. Aber ihr Gründer Erik Prince, jetzt geschäftsführender Direktor der Firma Frontier Services Group, versucht gerade erneut, die Trump-Regierung davon zu überzeugen, den Afghanistan-Krieg zu privatisieren. Zugang zum Weißen Haus hat er; seine Schwester, die Milliardärin Betsy de Vos, ist amerikanische Bildungsministerin. Allerdings hat Verteidigungsminister James Mattis gerade diesen Vorstoß abgeschmettert. „Wenn die Amerikaner die Reputation ihres Landes in die Waagschale werfen, ist Privatisierung wahrscheinlich keine gute Idee.“

Allerdings sind die privaten sogenannten „Contractors“ in Afghanistan schon seit Jahren gegenüber den dort stationierten US-Soldaten in der Mehrzahl. Im Juli 2018 waren es nach US-Centcom-Angaben 26.922 – während die USA etwa 11.000 Soldaten dort haben. Die Contractors sichern, kämpfen und steuern Drohnen, ein Teil von ihnen sorgt für die Verpflegung und Ausstattung der Soldaten. Einige sind sogar in den Lagezentren von Militär und Geheimdiensten dabei und zumindest in den ersten Jahren folterten sie in deren Auftrag.

Die Beispiele zeigen auch, dass die westlichen Regierungen Korruption und Direktzahlungen gezielt als politisches Mittel eingesetzt haben, um Loyalitäten zu kaufen und zu erhalten. Darunter gelitten hat das Vorhaben, in Afghanistan demokratische Institutionen zu verankern.

**Thomas Ruttig** ist Ko-Direktor des Afghanistan Analysts Network ([www.afghanistan-analysts.org](http://www.afghanistan-analysts.org)), eines unabhängigen Thinktanks mit Sitz in Kabul und Berlin.

## Arbeit und Demokratie

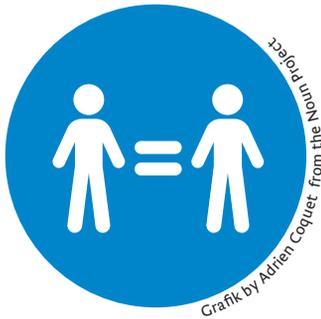
Zur linken europäischen Geschichte gehört die Erfahrung des „jugoslawischen Experimentes“, des Bruchs mit dem stalinistischen Moskauer Modell und der Suche nach einem dritten Weg jenseits von konservativer Sozialdemokratie im Westen und bürokratischem Staatssozialismus im Osten. Noch heute sind Begriffe wie „Produzentendemokratie“ und „Arbeiterselbstverwaltung“ damit verbunden; doch linke Projekte im früheren Jugoslawien haben es heute nicht leicht.

Das 2011 im serbischen Belgrad gegründete Zentrum für emanzipatorische Politik – kurz: CPE – engagiert sich dennoch weiter bei der Suche nach politischen und ökonomischen Konzepten, die eine Überwindung der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebrachten gesellschaftlichen Ungleichheiten zum Ziel haben. CPE setzt sich unter anderem für direktdemokratische Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft ein.

Die 2012 im kroatischen Zagreb gegründete Organisation für ArbeiterInnen-Initiative und Demokratisierung (BRID) setzt sich für den Schutz und die Verbreitung von Rechten von Beschäftigten sowie für Wirtschaftsdemokratie ein. Es werden Bündnisse und breite Solidaritätsplattformen angestrebt, die Menschen dabei unterstützen sollen, etwa basisdemokratische Gewerkschaften aufzubauen oder ihre Arbeitsplätze auf der Grundlage von Demokratie und Solidarität umzugestalten.

Das 2012 im slowenischen Ljubljana gegründete Institut für Arbeiterstudien (IDŠ) engagiert sich für die Rehabilitation einer marxistischen Kritik der politischen Ökonomie innerhalb des akademischen Diskurses – etwa mit Vorlesungen, öffentliche Debatten und Konferenzen. Außerdem wird die Zeitschrift „Borec“ herausgegeben.

CPE, Serbien, [pe.org.rs](http://pe.org.rs),  
BRID, Kroatien, [www.brid.coop](http://www.brid.coop),  
IDŠ, Slowenien, [www.delavske-studije.si](http://www.delavske-studije.si)

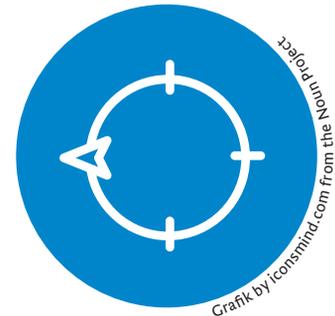


## Frieden und Gerechtigkeit

Als Joseph Gerson vor ein paar Monaten bei einer Friedenskonferenz auftrat, hatte er vor tückischen Zeiten zu warnen – wieder einmal. Der Exekutivdirektor der Kampagne für Frieden, Abrüstung und gemeinsame Sicherheit nahm dabei nicht nur die weltweite Aufrüstung und die sich zuspitzenden globalen Konflikte in den Blick. Gerson sprach auch von den „Lehren aus Weimar“, und das in den USA: Die Friedensbewegung müsse über den Tellerrand des Antikriegsengagements blicken, das Ringen gegen Rassismus, soziale Spaltung und ökonomische Ungleichheit sowie die Unterminierung der Demokratie durch Autokraten, Lobbyisten, und das Militär brauche breite Bündnisse.

Gersons „Campaign for Peace, Disarmament and Common Security“ (CPDCS) setzt sich unter anderem für atomare Abrüstung ein und drängt auf eine Politik der gemeinsamen Sicherheitsdiplomatie der Großmächte. Sie versteht sich „als Brücke zwischen Friedens- und nuklearen Abrüstungsbewegungen in den USA, Asien und Europa“. Als Vizepräsident des International Peace Bureau und Mitveranstalter des internationalen Netzwerks Peace & Planet wirkt Gerson zudem als Netzwerker verschiedener Organisationen der friedenspolitischen und sozialen Bewegung.

Campaign for Peace, Disarmament and Common Security, Frieden und Abrüstung, Cambridge, Massachusetts (USA), [www.cpdc.org](http://www.cpdc.org)



## Der andere Osten

Alsharq ist Arabisch und heißt „der Osten“. Außerdem ist es der Name einer unabhängigen Plattform junger Wissenschaftler und Journalisten, die sich schwerpunktmäßig mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens beschäftigen. Seit 2013 ist Alsharq als Verein für politische Bildung und seit 2015 als gemeinnützig anerkannt.

Das Netzwerk, das nicht nur für hintergründige Berichterstattung sorgt, sondern auch Bildungsreisen anbietet, könnte man als Ergebnis zweier Momente bezeichnen: Einerseits spielen aufgrund der politischen Entwicklungen die Länder Westasiens und Nordafrikas in der Öffentlichkeit eine immer größere Rolle. Andererseits ist das dabei erzeugte Bild oft schief. „Berichterstattung, Wissenschaft und öffentliche Diskussionen im deutschsprachigen Raum“, heißt es bei Alsharq, müssten „sich paradigmatisch verändern“. Dabei geht es dem Verein unter anderem darum, „konsequent auf historische, soziale und wirtschaftliche Wechselwirkungen hinzuweisen und somit das ‚Hier‘ und ‚Dort‘ aufzubrechen“, wegzukommen von einem auf Sicherheitsfragen gerichteten Denken und marginalisierten Stimmen, Zivilgesellschaft und Alltag mehr Beachtung zu schenken.

Alsharq wird heute von rund 100 Mitgliedern getragen und unter anderem von politischen Stiftungen unterstützt.

Alsharq, Politische Bildung, Journalismus, Bundesrepublik, gegründet 2005, [www.alsharq.de](http://www.alsharq.de)



# „Die linke Szene bei uns ist sehr klein“

In diesem Jahr wäre Jugoslawien 100 Jahre geworden. Krunoslav Stojaković im Gespräch über ein zerfallenes Land, die soziale Frage und die Schwierigkeit, über Alternativen zu reden

*Direkt gefragt: Gibt es Frieden in Ex-Jugoslawien?*

Ja, gibt es. Ob das aber auch ein sozialer Frieden ist, das ist die andere Frage. Grundsätzlich ist es so, dass mit den Friedensprozessen und -verträgen die Kriegshandlungen eingestellt wurden. In erster Linie bezieht sich das auf Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kosovo. Gegenwärtig ist das Kosovo in den Medien, weil dessen Anerkennung früher oder später bevorsteht. Das weiß man auch in Serbien. Die Frage ist nur, in welcher Form die Ausgestaltung der Rechte der serbischen Minderheit in Kosovo gelöst wird. Das ist der eigentliche Streitpunkt, nicht mehr die Frage, ob überhaupt. Und in Bosnien-Herzegowina ist natürlich mit dem 1995 ausgehandelten Friedensvertrag von Dayton die Grundlage des Staates in seiner Struktur gelegt worden. Vollkommen dysfunktional, aber Frieden in enger gefasster Form gibt es natürlich auch dort. Die Frage ist, welche Lebensbedingungen geschaffen werden, welche politischen Akteure haben das Sagen und erschweren oder verunmöglichen ein richtiges Funktionieren des Staates. Hinzu kommen die beiden Nachbarn, Serbien und Kroatien, die immer mal wieder ihre eigenen Interessen verfolgen. Aber im engeren Sinne herrscht Frieden.

*Jedoch nicht auf sozialer Ebene, also einem jener Bereiche, die zum Konzept des Positiven Friedens gehören. Gibt es für die Konflikte strukturelle Ursachen und findet eine Aufarbeitung statt?*

Ich glaube nicht, dass etwas in die Richtung getan wird, aber das ist auch nicht die alleinige Entscheidung der dortigen Regierungen. Kroatien zum Beispiel ist Teil der EU und des europäischen Wirtschaftssystems. Ebenso verhält es sich mit Serbien, das sich von der EU diktieren lassen muss, was es für den Beitritt zu tun hat. Das hat negative Auswirkung besonders auf den Wirtschaftsbereich. Man kann nicht den jeweiligen lokalen Regierungen den Schwarzen Peter zuschieben.

*Wie ist das gemeint?*

Sie sind Teil des internationalen Wirtschaftssystems und die kapitalistische Restauration seit den 1990er Jahren wird jetzt vollendet. Der Beitritt zur Europäischen Union ist für alle politischen Eliten der Schlusspunkt dieses Prozesses. In Kroatien hatte schon mit der Unabhängigkeitserklärung die erste Phase des Privatisierungsprozesses stattgefunden. Ähnlich verhält es sich in Bosnien-Herzegowina. In Serbien hat sich der Privatisierungsprozess vor allem seit dem Sturz von Slobodan Milošević beschleunigt. Die grundlegende Tendenz war, ehemals gesellschaftliches Eigentum – Jugoslawien unterschied sich ja von anderen Staaten darin, dass es dort nur wenig Staatseigentum, stattdessen aber überwiegend gesellschaftliches Eigentum gab – in einem ersten Schritt zu verstaatlichen. Danach wurde privatisiert. Unterschiedliche Akteure

haben sich bereichert, bis hin zu ausländischen Investoren, die profitable Unternehmen unter Wert aufgekauft und in seltenen Fällen die Produktion fortgesetzt haben. Das war eine große Welle der Deindustrialisierung, verbunden mit einem eklatanten Mangel an Arbeitsplätzen.

*Wie ist die Entwicklung aktuell?*

Was jetzt betrieben wird, ist die Strategie der ausländischen Direktinvestitionen. Da unterbieten sich die Staaten, um möglichst attraktiv für solche Investoren zu sein. Die sozialen Rechte, die Arbeitsrechte wurden durch neue Sozialgesetzgebung ausgehöhlt. In Serbien existieren rund 6.000 Gewerkschaften, diese Zersplitterung ist in den 2000er Jahren bewusst politisch forciert worden. All das, dazu Austerität und Sparauflagen, trägt zu dieser neoliberalen Zustandsbeschreibung bei, von der wir reden. Die Ökonomien sind vollkommen abhängig.

*Mit dem Eintritt in die EU ist dieser Prozess sozusagen abgeschlossen. Sehen das die zivilgesellschaftlichen Akteure auch so?*

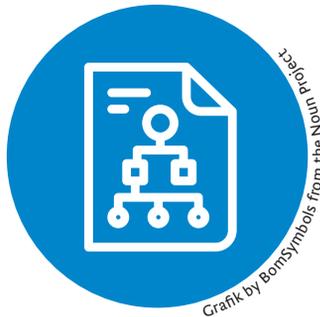
Die, mit denen wir zusammenarbeiten, sind alle höchst EU-skeptisch bis ablehnend. Die EU-Mitgliedschaft hat anderen südosteuropäischen Staaten, wie Bulgarien oder Rumänien, nichts Gutes gebracht. Aber diese Ablehnung der EU-Mitgliedschaft und der Rückzug auf die Nationalstaatlichkeit ist ja auch keine Lösung. Das grundlegende Problem der ökonomischen Dysfunktionalität bliebe ja bestehen. Es kann auch kein Projekt für eine progressive Linke sein, sich auf den Nationalstaat zurückzuziehen. Stattdessen müssen neue Möglichkeiten gesucht werden. Wie könnte eine andere Form der europäischen Zusammenarbeit aussehen? Debatten darüber, wie eine sozialistische Alternative zur gegenwärtigen EU zu denken und zu formulieren sei, finden leider so gut wie nicht statt. Das hat auch etwas mit Kapazitäten zu tun. Die linke gesellschaftspolitische Szene bei uns ist sehr klein. Es gibt gegenwärtig einfach nicht die notwendige intellektuelle Breite für eine solche Diskussion.

*Wie groß ist der Anteil jener internationalen Akteure, die in den 1990er Jahren in den Krieg eingegriffen haben, an diesem Zustand?*

Sie sind ein fester Bestandteil der Situation, in der wir uns heute befinden. Daraus wächst ja auch viel Kritik, dass es der westliche Machtblock war und ist, der sich hier versucht, zu bereichern und die Balkanstaaten an der Peripherie zu halten. Selbst Mitgliedsländer wie Griechenland, die trotz aller Probleme nicht vergleichbar sind mit den Kleinststaaten des ehemaligen Jugoslawien, haben erlebt, was es bedeutet, wenn EU-Institutionen ihre Muskeln spielen lassen und ihre Positionen durchdrücken.



**Krunoslav Stojaković**, Jahrgang 1978, hat Geschichtswissenschaft, Politologie und Soziologie studiert und ist Leiter des Büros Südosteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung im serbischen Belgrad. Zusammen mit Boris Kanzleiter hat er unter anderem das Buch „1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975“ beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH herausgegeben. Mit ihm sprach Anne Schindler.



## Frieden und Entwicklung

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung – kurz: Frient – hat sich als Netzwerk aus staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, der Zivilgesellschaft und politischen Stiftungen unter anderem zum Ziel gesetzt, „zu einer konfliktsensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen“. Frient strebt an, Räume für „gemeinsame Lernprozesse und kritische Reflexion“ zu eröffnen, etwa Runde Tische zur Lage in einzelnen Ländern. So berät Frient etwa bei der Umsetzung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, vor allem wenn es um deren Umsetzung in „von Gewalt geprägten Kontexten“ geht. Ein anderes Thema: Nicht zuletzt für zivilgesellschaftliche Akteure in den Bereichen Frieden und Entwicklung sei es zunehmend schwierig, mit lokalen Partnern zusammenzuarbeiten, „manchmal gar unmöglich“. Frient sieht diese „shrinking und closing spaces“ als Herausforderung an und geht der Frage nach, „wie zivilgesellschaftliches Engagement in diesen Bereichen geschützt und erweitert werden kann“. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Prävention und demokratischer Wandel sowie die Konflikte um Land.

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, Bundesrepublik und weltweit, 2001 gegründet, [www.frient.de](http://www.frient.de)

Auch aus dieser Erfahrung formiert sich der Widerstand.

*Eine linke Alternative denken – was kann eine Stiftung dazu beitragen?*

Wir wollen dazu beitragen, aber uns fehlt das Gegenüber. Wir brauchen Akteurinnen und Akteure vor Ort, die ein Interesse daran haben. Wir arbeiten in erster Linie mit Partnerorganisationen und versuchen, in deren Projekte solche Fragestellungen einzuflechten. Wir haben im Moment 15 Partnerorganisationen. Mit den meisten arbeiten wir schon viele Jahre zusammen. Kontinuität ist wichtig. Wir sind ja auch Aufbauhelfer für linke Organisationen. Es gibt eine sehr agile und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen linken zivilgesellschaftlichen Akteuren und dem progressiven Teil des gewerkschaftlichen Milieus. Die Schwäche der Gewerkschaften betrifft ja viele Menschen. Da können wir auch international was machen. Sozialstaatsanalyse, marxistische Theoriebildung, Staatskritik, es passiert schon einiges.

*Woher kommt diese Sehnsucht nach der Rückkehr des Nationalstaates?*

Es ist eine Frage der politischen Eliten. Die sehen auch, wie schlecht diese Staaten funktionieren, und ihre einzige Grundlage für die Legitimierung ihres Seins ist die nationale Karte. Der Schuldige kann dann immer der andere sein. Das fing vor dem Auseinanderfallen Jugoslawiens mit einem sehr ausgeprägtem Wirtschaftsnationalismus an, vor allem der reicheren nördlichen Republiken, die nicht mehr in den Solidarfonds einzahlen wollen.

Das Gleiche haben wir in Deutschland auch. Dieser Prozess hat sich in den 1980er Jahren zugespitzt, vor allem mit dem nationalistischen Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Und in den 1990er Jahren hat sich das verstärkt, indem Schuldige benannt worden sind, um vom eigenen politischen und wirtschaftlichen Misserfolg abzulenken. Das Problem sind nicht die Bevölkerungen. Ich komme aus Bosnien-Herzegowina. Da denken die meisten, die Leute dort können sich nicht riechen. Seit dreißig Jahren gibt es deshalb Dialogmaßnahmen. Das nervt die Leute, permanent mit ihrem Nachbarn etwas diskutieren zu müssen, was gar nicht das Problem ist.

*Was ist das eigentliche Problem?*

Die einzige Wirtschaftsstrategie von Staaten wie Serbien ist die der ausländischen Direktinvestitionen. In Serbien gibt es zum Beispiel einen deutschen Automobilzulieferer namens Dräxlmaier, der dort mehrere Produktionsstandorte hat und den Belegschaften gewerkschaftliche Organisation verbietet. Eine Verhaltensweise, die das Unternehmen in Bayern nicht praktiziert. Solche Unternehmen lagern aus, nehmen alle Vorteile mit, der serbische Staat gibt kostenlos das Gelände, befreit die Unternehmen von Steuern, subventioniert die Löhne, und der Profit geht allein an die Unternehmen. Gleichzeitig ist dieses Konzept der ausländischen Direktinvestitionen gar nicht so erfolgreich. Denn es kommen nicht so viele Investoren und wenn, dann meist in geringqualifizierten Bereichen.

## Gewalttätige Konflikte erhöhen Ungleichheit

Wie Perioden andauernder Gewalt die Verteilung von Einkommen in den betroffenen Gesellschaften beeinflussen, ist immer wieder Gegenstand der Forschung gewesen. Vor ein paar Jahren hat Marc Vothknecht am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in einer Studie zeigen können, wie die „Ungleichheit im Verlauf von gewalttätigen Konflikten, vor allem in den ersten Jahren nach Kriegsende“ zunimmt.

Die Untersuchung verknüpfte Informationen zum Gini-Koeffizienten aus 128 Staaten mit Angaben zu kriegerischen Auseinandersetzungen in diesen Ländern über einen Zeitraum von 1960 bis 2004. Mit dem Gini-Koeffizienten wird die Ungleichverteilung etwa von Einkommen dargestellt. Vothknecht beschrieb die Ergebnisse damals so: Im Durchschnitt habe der Gini-Koeffizient in Zeiten von gewalttätigen Konflikten deutlich höher als in Friedenszeiten gelegen. Da ein Grund für höhere Ungleichheit in Krisen- und Kriegsregionen allerdings auch darin liegen könnte, „dass diese Länder ohnehin und schon vor Ausbruch der Gewalt hohe Einkommensunterschiede aufwiesen“, untersuchten die Forscher Abweichungen des Gini-Koeffizienten vom jeweiligen langjährigen Durchschnitt eines jeden Landes.

Die Ursachen: In gewaltsamen Konflikten verbessern sich die Bedingungen für Korruption, illegale Märkte und Bereicherungswirtschaften. Der

Handel mit Drogen, Waffen oder auch Menschen biete „einer relativ kleinen Gruppe von Kriegsprofiteuren hohe Gewinnspannen“, so Vothknecht. Hinzu kommt die Ausnutzung der Notsituation von Teilen der Bevölkerung, die überlebenswichtige Güter gegen verbliebene Vermögensgegenstände eintauschen müssen. Hinzu kommen grundlegende Verschiebungen der Vermögensstruktur, etwa durch systematische Vertreibungen und Enteignungen.

Ein weiteres Ergebnis: Es zeigte sich „vor allem in den ersten Nachkriegsjahren eine erhöhte Ungleichheit. Dieser Anstieg der Ungleichheit erreicht ihren Höhepunkt fünf Jahre nach Kriegsende, um dann nach weiteren fünf Jahren auf das Ausgangsniveau zurückzukehren“, so Vothknecht. Warum ist das so? „Das in die Nachkriegszeit hinein wirkende Erbe von Kriegen mit zunächst anhaltend hohen Militärausgaben, wenig Spielraum für soziale Umverteilung und fortbestehenden Bereicherungs- und Unrechtsstrukturen sind mögliche Erklärungen für steigende Einkommensungleichheit in den ersten Jahren nach Kriegsende.“ Vothknecht plädierte dafür, diese Entwicklungen „im Prozess des Wiederaufbaus“ stärker zu beachten: „Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, die Förderung sozialer Infrastruktur und die Stärkung friedlichen Wirtschaftens scheinen geeignet, steigender Ungleichheit entgegenzuwirken und so auch neue Gewalt zu vermeiden.“

# Die Bürger brauchen eine Stimme

In Mali frisst die Gewalt die Lebensgrundlagen der Menschen auf. Friedensinitiativen reichen bisher nicht weit genug. Von Odile Jolys

Die Gewalt hat weite Teile Malis weiter im Griff. 2012 begann im Norden des Sahellandes eine Rebellion der Tuareg gegen den Zentralstaat. Bald aber gewannen ihre Alliierten, Gruppen von Dschihadisten, die Oberhand und besetzten den Norden des Landes. Als die französische Armee im Januar 2013 die Dschihadisten aus den Städten verdrängen konnte, gelang es den französischen Truppen aber nicht, sie aus dem Land zu jagen. Im Gegenteil: Seit 2015 verüben die Dschihadisten nun auch weiter südlich in der Zentralregion Malis Anschläge.

In diesem Jahr haben sich die humanitäre Lage und die Sicherheit in Mali weiter verschlechtert. Laut den Vereinten Nationen sind heute mehr als ein Viertel der 18 Millionen Malier, 900.000 mehr als zu Beginn des Jahres, auf humanitäre Hilfe angewiesen. Auch die Anzahl der Vertriebenen hat sich seit Januar verdoppelt. Laut der Föderation für Menschenrechte (Fidh) sind 68 Prozent der Schulen im Schulbezirk Mopti (Zentralmali) geschlossen. In der Region konzentrieren sich 40 Prozent aller Attacken von Dschihadistengruppen. In den letzten zwei Jahren starben dort 1.200 Zivilisten durch die Gewalt und rund 50 Dörfer wurden in Brand gesetzt. Die Bevölkerung erleidet Gewalt durch Dschihadisten, aber auch durch bewaffnete Gruppen verschiedener Ethnien und kriminelle Banden.

Ein Weg aus dem Bürgerkrieg ist nicht zu erkennen. Das Friedensabkommen von Algier aus dem Jahre 2015 hat kaum Fortschritte erbracht. Der US-amerikanische Wissenschaftler Alex Thurston wirft in einer kürzlich erschienenen Studie mit dem Titel „Mali's tragic but persistent Status Quo“, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung Dakar unterstützte, einen genauen Blick auf die verschiedenen Akteure des Konflikts und ihre Beweggründe. Er weist auf wichtige Unterschiede zwischen den Konflikten im Norden und im Zentrum Malis hin.

Im Norden, in der in der Sahara gelegenen Region Kidal, dem Zentrum der Rebellion der Tuareg, wo der jüngste Aufstand begann, sind die Gewaltakteure keine Newcomer. Sie waren mehrheitlich schon während der letzten Rebellion 2006 aktiv. Seit der Unabhängigkeit Malis gab es mehrere Aufstände der Tuareg. Sie haben die Beziehungen zur Zentralregierung in Bamako im Süden des Landes nachhaltig erschüttert.

Die Elite der Tuareg strebt nach mehr Autonomie und teils nach Unabhängigkeit. Sie klagt die Vernachlässigung des Nordens durch die Regierung in Bamako an. Es geht aber nicht nur um das Verhältnis zwischen Tuareg und Zentralstaat, sondern auch um einen Konflikt innerhalb der Gesellschaft der Tuareg.

Der Klan der Ifoghas errang im Laufe der Geschichte die politische Macht im Norden. Die verschiedenen Rebellionen der Tuareg und die schweren Dürren, die ab den 1970er Jahren das Land heimsuchten, haben die Macht der Ifoghas erschüttert. Herausgefordert wird die politische Autorität der Ifoghas von jenen Tuareg, die in Algerien und in Libyen Zuflucht vor Dürren und Armut suchten. Sie haben dort das Kämpfen gelernt und zettelten die Rebellionen von 1990 und 2006 an. Andere innerhalb des Ifogha-Klans treten für einen unabhängigen Norden ein, der aber multiethnisch und für andere Klans und Kasten offen sein soll. Eine weitere Gruppe vertritt die jüngere Generation von politischen Führern, die gern ihren Anteil an der Macht hätten und die den alten Führern ihre Verhandlungen mit dem Zentralstaat vorwerfen. Andere Konkurrenten, wie die Imghad, eine in der hierarchischen Tuareg-Gesellschaft untergeordnete Gruppe, stellen die politische Dominanz des Ifogha-Klans in Frage. Sie wollen nicht nur mehr Autonomie, sondern einen soziale Umbruch der Tuareg-Gesellschaft mit mehr Gleichheit.

Die verschiedenen Tuareggruppen teilen sich heute in zwei widerstreitende Organisationen: die CMA (Coordination des mouvements de l'Azawad), die nach Autonomie strebt, und die Plateforme, die loyaler zum Zentralstaat steht, beide sind Unterzeichner des Friedensabkommens von Algier. Aber keine Kraft ist stark genug, um die anderen zu besiegen. Die Grenzen zwischen beiden Lagern sind fließend. Der Staat manövriert das Land zwischen den verschiedenen Gruppen, die ihn für ihre eigenen Ziele benutzen. Mühsam versucht die Regierung in den Städten wieder Fuß zu fassen. 2018 konnte der Premierminister sich wieder nach Kidal begeben. Noch 2014 brach während des Besuchs des Innenministers ein Aufruhr aus, bei dem Menschen starben. Das Land außerhalb der Städte bleibt in den Händen der Aufständischen.

Neue an der Rebellion 2012 war, dass sie den islamistischen Dschihadisten Türen öffnete. Das hat die Sichtweise und Antworten internationaler Akteure verändert. Der globale Krieg gegen den Terror hat in Mali die innergesellschaftlichen Spannungen vergessen lassen. Die in Nordmali agierenden Dschihadisten sind keineswegs Fremdkörper. Der Anführer Iyad Ag Ghali ist malischer Tuareg und gehört den Ifogha-Klan an. Er hatte sich schon an den Rebellionen 1990 und 2006 beteiligt. Nun, da sie von Frankreich und den USA aus dem politischen Spiel ausgeschlossen wurden, spielen Dschihadisten wie Ag Ghali den Störenfried bei jedem Versuch Frieden zu schaffen.

Ganz anders ist die Lage im Zentrum, und insbesondere in der Region um Mopti, die Thurston ebenfalls untersucht hat. Im Gegensatz zum Norden kommt hier der Unmut von unten. Die Gewalt entflammt sich zwischen Gemeinden und auf der Ebene eines Distrikts. Gewalt verüben Dschihadisten, malische Streitkräfte, ethnische Milizen und Banditen.

Auch hier spielen strukturelle Veränderungen eine Rolle: Wie im Norden haben die großen Dürren und die starke Bevölkerungszunahme die Konflikte um Zugang zu Land und Wasser verschärft. Auch Entwicklungen in der Landwirtschaft, wie die Bewässerung, haben das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Nutzern des Landes – Landwirte und Viehhirten – verändert: Durch die Bewässerung können Landwirte länger ihre Felder bewirtschaften. Mit den dadurch steigenden Einnahmen haben sie selber Vieh angeschafft. In der Folge zerbrach vielerorts das Arrangement mit den Viehhirten, denen die Landwirte nun den Zugang zum Land verwehren.

Die im Laufe der Geschichte etablierten Autoritäten, die über die Landnutzung wachen, indem sie zum Beispiel über den Preis des Weidelandes entscheiden, gelten heute als korrupt und teilweise als illegitim. Auf die Justiz kann ebenfalls in vielen Fällen nicht zurückgegriffen werden. Auch die Justizbeamte sind als korrupt verschrien. Die staatliche Forstbehörde zieht ebenfalls den Groll der Bevölkerung auf sich, insbesondere der Frauen, die Brennholz sammeln. Die Behörde verhängt hohe Geldbußen. Ausländische Geldgeber sollen im Kampf gegen den Klimawandel beeindruckt werden, wie der Geograf Tor Benjaminson meint.

Etwas grob und vereinfachend gesagt existiert vielfach eine Kumpanei zwischen traditionellen und öffentlichen Amtsträgern. In dieser Gemengelage fühlen sich die Menschen machtlos. Frustration ist weit verbreitet, vor allem unter den Viehhirten, die mehrheitlich der ethnischen Gruppe der Fulbe angehören. Sie werden mehr und mehr als Sympathisanten der Dschihadisten gebrandmarkt.

Die Dschihadisten wissen den lokalen Groll zu manipulieren. Auch in Zentralmali sind sie keine Fremden. Ihr prominentester Führer ist der Fulbe Amadou Kouffa. Er soll am 23. November von französischen Truppen in der Region getötet worden sein. Er war ein langjähriger, radikaler islamischer Wanderprediger, der die korrupte lokale Elite in der Region anklagte. Nach der Rebellion von 2012 hat er sich allmählich den Dschihadisten um Ag Ghali angenähert.

Kouffa und seine Anhänger üben Gewalt gegen Dorfgemeinschaften aus mit dem Ziel, die Scharia einzuführen und öffentliche Schu-



Ein Junge springt in den Krater einer Fassbombe, abgeworfen von die von Kräften des Assad-Regimes, Juli 2014

Foto: Hosam Katan

len zu schließen. Wo sie Kontrolle ausüben, führen sie eine neue Form der Verwaltung der Weiden ein. Die meist jugendlichen Anhänger treiben verschiedene Faktoren an: Die Suche nach Verdienstmöglichkeiten, nach Schutz, Zustimmung zur religiösen Botschaft und der durch die Dschihadisten eingeführten neuen öffentlichen Ordnung.

In Zentralmali haben sich Selbstverteidigungsgruppen gebildet, die ihre Dörfer vor Attacken der Dschihadisten zu schützen versuchen. Immer mehr geht es auch um Strafaktionen gegen Fulbedörfer, die sie als Alliierte der Dschihadisten beschimpfen. In Zug dessen haben sich Fulbe-Milizen gebildet, um ihre eigenen Dörfer zu schützen.

Die Gewalt frisst die Lebensgrundlagen der Menschen auf und zwingt Tausende zur Flucht. Die Opfer sind meistens Fulbe. So ist es im Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) zu lesen. Darin beschreiben Frauen, wie sie durch die Milizen vom Marktbesuch abgehalten werden und Männer berichten davon, dass sie nicht länger ihre Felder bestellen können. Auch Viehdiebstahl habe zugenommen. Misstrauen entwickelt sich in den Dörfern. Und der Staat steht abseits. Nur in einem Fall 2016 kam es zu einer seriösen Untersuchung und einer Verurteilung. Die Bevölkerung bleibt ohne Stimme, meint

Thurston. Bei den Ränkespielen der Eliten im Norden und der bewaffneten Gruppen hat sie nichts zu gewinnen. Inwieweit die Menschen Ziele wie Unabhängigkeit, Autonomie oder Dschihadismus teilen, bleibt im Dunkeln, da sich keine Massenbewegungen formieren.

Die Präsidentschaftswahl hat dem Volk keine Stimme gegeben. Und lokale Wahlen werden regelmäßig wegen der Sicherheitslage verschoben. Selbst unter den Wählern herrschen Fatalismus und Apathie. Das politische Personal Malis ist beinahe seit der Einführung der Demokratie Anfang der 1990er Jahre im Amt. Die Grenze zwischen Macht und Opposition ist durchlässig. Hauptsache, man bleibt im Spiel um Macht, Einfluss und Geld.

Helfen also lokale Friedensinitiativen, wie die am 28. August 2018 im Distrikt von Koro in der Region Mopti geschlossene Vereinbarung? Fulbe- und Dogon-Gemeinschaften hatten sich seit einem Jahr in der Region bekriegt. Die Verhandlungen wurden vom schweizerischen Zentrum für den humanitären Dialog (HD) initiiert. Die Gemeinschaften verpflichteten sich unter anderem, auf staatliche Streitkräfte zurückzugreifen und traditionelle Regelungen bei Konflikten um Ressourcen anzuwenden. Der Frieden brach schnell in sich zusammen.

Der malische Wissenschaftler Ba-Konaré meint dazu: „Eine Mediationsorganisation

kann nicht eine staatliche Strategie ersetzen.“ Lokale Friedensinitiativen seien populär: Ausländische Geldgeber können sich damit schmücken, da sie sich damit an der Friedenssuche in Mali beteiligen. Der Staat wiederum gibt den Anschein, etwas zu tun, da staatliche Vertreter gegen Bezahlung beteiligt sind, und die lokalen Gruppen zeigen guten Willen, bauen einstweilen ihre Hausmacht dank internationaler Anerkennung und Tagelöhner aus. Für Ba-Konaré kann der Staat die Friedenssuche nicht einfach delegieren.

Es ist paradox. Einerseits hegt die Bevölkerung starken Groll gegenüber dem Staat, andererseits sehen vier Fünftel der Bevölkerung den Staat als den legitimen und primären Anbieter von Sicherheit und Justiz, so die Studie des Stockholmer Internationalen Instituts für Friedensforschung (Sipri).

Thurston will daher die Bevölkerung bei der Suche nach Frieden in der Region Mopti einbinden. Die Bürger sollten eine direkte Stimme in der lokalen Politik und der Verwaltung der Ressourcen haben. Der Zentralstaat sollte auf Militärgouverneure und niemandem Rechenschaft schuldende Richter verzichten. Brisant ist auch sein Vorschlag, eine auf Zeit begrenzte politische Übergangsautonomie für die Kidalregion im Norden – Sprengstoff für den Zentralstaat in Bamako.

# Den Feminismus anders denken

Mehr als ein Pakt zwischen Krieger: zur Rolle von Frauen im kolumbianischen Friedensprozess

Von Kathrin Gerlof

Frieden, der mehr ist als ein Pakt zwischen Krieger, braucht eine Vorstellung von der Transformation hin zu einer Gesellschaft, die frei von Gewalt ist und Frauen die gleichen Rechte wie Männern zugesteht. In Kolumbien ist man – trotz der 2016 nach mehr als vierjährigen Verhandlungen als historisches Ereignis gefeierten Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen der Regierung Santos und der FARC-Guerilla (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) – weit von diesem Ziel entfernt.

„Uns sind keine weiteren Beispiele von Friedensabkommen in anderen Ländern bekannt, die die Genderperspektive derart weitgehend berücksichtigt hätten, schon gar nicht, was die aktive Partizipation von Frauen betrifft.“ Das sagt die Feministin und Aktivistin Rocio Claros und sie begründet dies mit der starken Rolle von Frauenorganisationen und -bewegungen sowie mit einer langjährigen kollektiven Organisation vieler Frauen.

Während der Aushandlung des Friedensvertrages arbeitete, von Frauen gefordert und erkämpft, ein Unterausschuss zum Thema Gender und prüfte die Vereinbarungen im Hinblick auf Frauenrechte. Dem waren jahrelange Kämpfe vorausgegangen, in denen verschiedene Frauenorganisationen und Aktivistinnen immer wieder gesagt hatten, dass es ohne die Einbeziehung von Frauen keinen Frieden geben werde. Während der Verhandlungen setzten sich Frauen unter anderem für neue Gesetze und staatliche Programme im Bereich Landwirtschaft ein, für gleichberechtigten Zugang zu Vieh und Acker.

Im Oktober 2016 fand ein Referendum statt, bei dem eine Mehrheit gegen den Friedensvertrag stimmte, stark beeinflusst von konservativ-rechten Kräften und evangelikalen Kirchen. Dieses „Nein“ richtete sich auch gegen Frauen. Das Abkommen wurde trotzdem unterzeichnet und nachverhandelt, in vielem nicht mehr dem Ursprungstext entsprechend, aber es war den organisierten Frauen Kolumbiens gelungen, dass die Genderperspektive erhalten blieb. Eine Kommission wurde geschaffen, die überwachen soll, dass die vertraglich zugesicherten Rechte der Frauen umgesetzt und eingehalten werden. In der Sonderjustiz für den Frieden (JEP) sind von 2.136 Kandidat\*innen 863 Frauen. Neue Plattformen und Basisorganisationen haben sich herausgebildet.

Die afrokolumbianische Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Francia Márquez sagt: „Ich glaube, dass Frauen der Antrieb von politischen und sozialen Kämpfen sind. Auch wenn sie manchmal nicht an vorderster Front stehen, gestalten sie den Alltag. (...) Wir sind die Kontinuität eines historischen Kampfes. (...) Ich glaube, dass wir den Feminismus an-

ders denken müssen und dass man kein Feminist sein kann, ohne Rassismus und das gegenwärtige Wirtschaftssystem zu bekämpfen.“

Womit das Dilemma beschrieben ist, in dem Kolumbien seit Unterzeichnung des Friedensabkommens steckt. Die Freude ist vielen Menschen längst vergangen. Vor allem weil die Gewalt nicht nur nicht verschwand, sondern größer geworden ist. Und weil die ökonomischen Verhältnisse neue Formen und Zuspitzungen der Gewalt ermöglichen und verstärken.

Paramilitärische Banden terrorisieren die Bevölkerung. Zwischen Ende 2016 und August 2018 wurden 3.501 Angehörige sozialer Bewegungen ermordet, doppelt so viele wie in den zwei Jahren zuvor. Militärdoktrin und Wirtschaftspolitik standen bei den Verhandlungen nie zur Debatte, eher hatte die Regierung das Ziel, FARC-befreite Zonen für Investoren at-

*Die Kolumbianerinnen  
haben sich als politisches  
Subjekt konstituiert.  
Ignoriert werden kann  
das nicht.*

traktiv zu machen. Militärische Gewalt ist dafür die notwendige Begleitmusik.

Die Entwaffnung der FARC hat keinen Frieden gebracht, denn auch der immer mehr verwässerte Friedensvertrag hat die eigentlichen Ursachen des Konflikts – soziale, ökonomische und politische Ungleichheit – nicht angepackt. Stattdessen verschärfen sie sich. Gegenwärtig ist die Landkonzentration in Kolumbien weltweit am größten. 81 Prozent der Landfläche gehören einem Prozent der Grundbesitzer. Und der Friedensvertrag ließ das unangetastet. Versprochen war, dass acht Prozent der Landfläche an Kleinbauern und -bäuerinnen gehen, gehalten wurde das Versprechen nicht.

Der jetzige Präsident Iván Duque von ultrarechten Centro Democrático will mit seiner Steuerreform das Großkapital entlasten und die Mehrwertsteuer erhöhen – Kolumbien gilt bereits heute als Vize-Weltmeister in Sachen Ungleichheit.

Worauf Aktivistinnen wie Rocio Claros nicht müde werden hinzuweisen, sind die fatalen Folgen einer zunehmend extraktivistischen Wirtschaftspolitik, die Megaprojekte im Energie- und Bergbaubereich durchpeitscht und „auf einer ungezügelter Kommerzialisierung und Ausbeutung der Natur basiert“. Bei-

des hat Auswirkungen besonders auf Frauen und deren Lebensverhältnisse, denn durch die Megaprojekte werden lokale Gemeinschaften zerstört, was die Organisation von Widerstand erschwert. Zugleich beruhte das Modell, so Claros, auf der Kontrolle von Frauen und deren Körpern, denn mit den Großprojekten wächst das Ausmaß an Sklaverei, Prostitution und sexueller Ausbeutung.

Gleich große Gefahr von dem mit Drogenhandel verbundenen, extrem gewalttätigen Machismo aus, was sich unter anderem an dem Zuwachs plastisch-chirurgischer Eingriffe zeigt. „Der Drogenhändler gibt einen Frauenkörper in Auftrag“, beschreibt es Claros.

Und auch wenn Frauen, beispielsweise in Bezug auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe juristischer Erfolge errungen haben, bleibt: Von einem Frieden, der mehr ist als ein Pakt zwischen Krieger, ist die kolumbianische Gesellschaft weit entfernt.

Francia Márquez beschreibt es so: „Es gibt ein scheinbares Verständnis von Frieden, damit die Bergbauunternehmen in Regionen operieren können, wo es früher nicht möglich war. Ich glaube, das wird zu einem Wiederaufflammen des Konflikts führen. Jetzt sind bewaffnete Akteure in den Gebieten präsent, wo früher die FARC war. Der Paramilitarismus hat sich reaktiviert und die Morde an Menschenrechtsaktivisten nehmen weiter zu. Zurzeit geht Kolumbien rückwärts.“

Viele Frauenorganisationen diskutieren angesichts dieser Entwicklung, wie es gelingen kann, intersektionell zu denken und zu handeln. Also, sich zu verbünden. Es sei wichtig, sagt Marquez, gemeinsam das patriarchale System zu dekonstruieren und es auf kommunale Weise zu transformieren.

Insofern sind die Erfolge der kolumbianischen Frauen, die sie bei den und mit den Friedensverhandlungen errungen haben, nicht kleinzureden. Auch wenn das erkämpfte, verhandelte und dann aufgeschriebene Wort nicht in einen Frieden mündete, der den Namen auch verdient. „Wir kolumbianischen Frauen haben einen langen Weg zurückgelegt“, sagt Claros. „Von der Anklage und Identifikation als Opfer hin zu Forderungen nach Anerkennung der Wahrheit und nach Gerechtigkeit. Im Zuge dieser Proteste und Prozesse haben wir uns organisiert und uns politische Werkzeuge angeeignet, die uns dazu befähigen, unsere eigene Lebensrealität und die unserer Gemeinden zu verändern.“

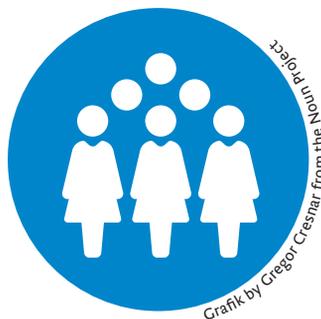
Die Frauen Kolumbiens haben sich als politisches Subjekt konstituiert. Ignoriert werden kann das nicht. Und rückgängig gemacht nur mit größter Gewalt.

## Kontinuität und Frieden

Die Demokratische Republik Timor-Leste ist seit einem Referendum im Jahr 1999 zwar unabhängig. Doch politische Krisen und Gewaltzyklen haben den südostasiatischen Inselstaat schwer getroffen. Hier liegt das Arbeitsgebiet des Centre of Studies for Peace and Development (CEPAD): den Dialog für Frieden und Nachhaltigkeit zu stärken, damit die tiefen Spaltungen und ungelösten Probleme bewältigt und überwunden werden können. CEPAD arbeitet dabei unter anderem mit Interpeace zusammen, es gehe darum, „ein Klima zu schaffen, in dem die Bevölkerung von Timor-Leste die Probleme gewaltfrei lösen kann“, heißt es dort. Vieles gehe „auf die Zeit vor und während des Kampfes um die Unabhängigkeit zurück“, die Folgen: eine tiefe Kluft zwischen den Bürgern, ihren Behörden und gewählten Vertretern, hohe Jugendarbeitslosigkeit, Landstreitigkeiten und häusliche Gewalt. In der Lösung solcher Fragen liegen die Fundamente eines gelingenden Friedensprozesses, sagt auch João Boavida. Er gilt als einer der bekanntesten Friedensstifter in dem Land. Boavida musste aus Timor-Leste, das oft als Osttimor bezeichnet wird, fliehen, er studierte unter anderem in Australien und Großbritannien und war bei der UNO beschäftigt.

„Was mein Land jetzt braucht, ist Kontinuität“, wird Boavida zitiert. „Frieden ist ein Prozess. Nur mit Kontinuität werden wir ihn erreichen.“ CEPAD hat unter anderem ein landesweites Dialogprojekt umgesetzt und sogenannte Peace Houses in Betrieb genommen, in denen auf traditionelle Weise Streitigkeiten diskutiert und gelöst werden können. Die Organisation wurde dafür 2011 mit dem Sergio Vieira de Mello Award ausgezeichnet.

Center of Studies for Peace and Development CEPAD, gegründet 2007, Frieden und Nachhaltigkeit, Timor-Leste, [www.interpeace.org/cepad-timorleste.org](http://www.interpeace.org/cepad-timorleste.org)



## Frauen und ihre Rechte

Ob Frieden ist oder nicht, hängt von Frauen ab. Eine starke These, auf der die internationale Organisation MADRE gründet, die ihren Sitz in New York hat und seit 35 Jahren existiert. 35 Jahre sind keine lange Zeit, wenn es um Menschenrechte geht, sie werden seit Menschengedenken an vielen Orten der Welt verletzt.

MADRE kämpft explizit für die Rechte von Frauen, setzt sich dafür ein, dass Frauen weltweit die Möglichkeit gleichberechtigter und unbedrohter Teilhabe und Mitsprache genießen. Friedensförderung steht also ganz weit oben, Frauengesundheit, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit. Geschlechtsspezifische Gewalt ist keine Begleiterscheinung, sondern Wesensmerkmal aller Kriege und Konflikte, Diktaturen und Regimes und auch in entwickelten Gesellschaften ein Problem. MADRE sagt: Diese Form der Gewalt stellt eines der größten Hindernisse für Frauen, Mädchen und LGBTIQ-Menschen dar, wenn es um Zugang zu eigentlich verbürgten Menschenrechten geht.

Die internationale Organisation arbeitet mit Frauen, Initiativen und Gemeinschaften weltweit zusammen, indem sie Fördermittel bereitstellt, Rechtsberatung leistet, wenn Frauen am Aufbau einer friedlichen Gesellschaft arbeiten und sich gegen Regierungshandeln zur Wehr setzen, das ihre Rechte und Möglichkeiten beschneidet. So bringt MADRE Forderungen indigener und ländlicher Frauen in Entscheidungsprozesse ein, setzt sich für den Schutz von Landrechten ein. Aber auch Kampagnen wie „No Borders on Gender Justice“, die sich gegen die Politik der Trump-Administration richtet und feministische Bewegungen in den USA unterstützt, gehören zum Tätigkeitsspektrum von MADRE.

MADRE, internationale Frauen-Menschenrechtsorganisation, Kooperationen in Nicaragua, Guatemala, Haiti, Colombia, Kenia, Palästina, Syrien, Irak, gegründet 1983 USA/New York, [www.madre.org](http://www.madre.org)

## Revolution und Gedächtnis

Wenn heute von Syrien die Rede ist, werden Bilder von Krieg, Kalaschnikows und Massengräbern aufgerufen. Was aber ist aus der Revolution geworden? Wo und wann begann sie – und warum?

Es ging um soziale Reformen, um Demokratie, um ein Ende der Korruption, um die Aufhebung eines seit Jahrzehnten bestehenden Ausnahmezustands. Das um Würde ringende Aufbegehren gegen die Assad-Diktatur in Erinnerung zu halten, ist ein Ziel von „The Creative Memory of the Syrian Revolution“. Als Online-Projekt will „das kreative Gedächtnis“ vor allem die bemerkenswerte künstlerische und kulturelle Kreativität bewahren, die das Engagement nicht nur begleiteten.

„Die Revolution schuf einen Raum für Einfallsreichtum, der uns Syrer verblüfft hat“, heißt es bei „The Creative Memory“. Die Website wird immer weiter ergänzt um neues Schaffen – von Videokunst und Musik über Comics, Bildhauerei und Poesie bis zu Grafiken und Fotografien. In einer deutschen Zeitung ist Sana Yazigi, die ins libanesische Beirut floh und zu den Initiatorinnen gehört, mit den Worten zitiert worden: „Man kann unsere Geschichte nicht einfach auf die Gewalt von Armee, Milizen und Rebellen reduzieren.“

Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, alle Formen des intellektuellen, künstlerischen Ausdrucks aus der Zeit der Revolution zu dokumentieren. Es gehe nicht zuletzt darum, jene Geschichten über Syrien zu bewahren, die vom Kampf um die Rückgewinnung der sozialen, politischen und kulturellen Autonomie erzählen. Die Website ist ins Englische und Französische übersetzt.

The Creative Memory of the Syrian Revolution, Online-Archiv, Kultur, Kunst, Revolution, gegründet 2012, [creativememory.org](http://creativememory.org)





Mit dem Leben davongekommen: Nach einem Bombenangriff von Regimekräften auf das Al-Sakhour Viertel im März 2014

Foto: Hosam Katan

## „Kein Panzer geht in Krisengebiete“

Wirklich? Es gibt viele Irrtümer und Mythen über Waffenexporte. Eine Aufklärung Von Jan van Aken

Alle 60 Sekunden wird irgendwo auf der Welt ein Mensch erschossen. Das sind 500.000 Männer, Frauen und Kinder jedes Jahr. Deutschland ist als einer der größten Rüstungsexporteure der Welt für viele dieser Toden mitverantwortlich. Waffenausfuhren begünstigen immer Krieg, Zerstörung und Tod. Denn sie schaffen erst die Voraussetzung für die gewaltsame Austragung von Konflikten. Und sie versetzen autoritäre Regime in die Lage, die eigene Bevölkerung zu unterdrücken. Waffenlieferungen zementieren Machtverhältnisse, gerade dort, wo Demokratie und Menschenrechte prekär sind.

Jeder Euro, der mit Tod, Leid und Repression verdient wird, ist einer zu viel. Um diese tödlichen Exporte zu verhindern, gibt es nur einen Weg: ein gesetzlich verankertes, absolutes Verbot von Waffenexporten. Das ist nicht nur eine schöne Vision, sondern ein klares Ziel, das viel realistischer ist, als viele denken.

### Wenn wir nicht liefern, liefern die anderen

Das ist wohl der häufigste Einwand, den die zu hören bekommen, die ein komplettes Exportverbot für Waffen und Rüstungsgüter fordern. Deutschland mag dann vielleicht, so das Argument, eine weiße Weste haben, aber es würde sich nichts an den Kriegen in dieser Welt ändern. Und außerdem würden dann die, die weiter hemmungslos Waffen verkaufen, auch noch das Geld verdienen.

#### Was ist dran?

Es stimmt natürlich: Sobald Deutschland keine Sturmgewehre mehr verkauft, werden sich die Käufer an andere Länder wie Belgien, die USA oder Russland wenden. Aber das Argument ist trotzdem aus zwei Gründen falsch.

Erstens aus moralischen Gründen: Nur weil andere etwas tun, das falsch ist, wird es da-

durch nicht richtig. Nur weil mein Nachbar Drogen verkauft, muss ich das nicht auch tun. Beides ist und bleibt falsch. Die Folgen des eigenen Handelns lassen sich nicht wegweisen, indem man auf andere zeigt. Zweitens aus politischen Gründen: Ein Exportverbot in Deutschland würde weltweit ein Zeichen, eine Norm setzen. Andere Länder würden folgen. Die Welt wird nur durch die verändert, die vorangehen! Es geht nicht darum, dass wir hier in Deutschland das Richtige tun, um mit dem moralischen Zeigefinger auf andere zu zeigen. Das Ziel ist die Einschränkung des weltweiten Waffenhandels – und dafür muss irgendwer den Anfang machen. Sollte es in Deutschland zum Verbot kommen, würde dies andere Exportnationen innenpolitisch weiter unter Druck setzen. Sie könnten sich nicht mehr darauf berufen, dass das alle anderen ja auch tun.

Andere Beispiele aus dem Bereich der Abrüstung zeigen, dass Verbote sehr wohl welt-

weit wirken können, selbst wenn sie nicht in allen Ländern gelten: Jahrelang wurde bei den Vereinten Nationen um ein Verbot von Landminen gestritten, ohne Erfolg. Denn die großen Länder wie China, die USA oder Russland wollten ein solches Verbot verhindern. Dann scherten einige kleinere Länder aus und setzten in der Ottawa-Konvention ein eigenes, komplettes Landminenverbot durch. Gleiches gilt für das Verbot von Streumunition. Obwohl die großen Länder dieses Abkommen bis heute nicht ratifiziert haben, sind Waffen dieser Art mittlerweile weltweit geächtet.

## Da hängen so viele Arbeitsplätze dran

Häufig wird der Forderung nach einem absoluten Waffenexportverbot mit dem Argument begegnet, man könne doch nicht einfach einen ökonomisch so wichtigen Wirtschaftszweig wie die Rüstungsindustrie in den Ruin treiben und Zehntausende Arbeitnehmer\*innen auf die Straße setzen.

### Was ist dran?

So sehr das Arbeitsplatzargument, gerade auch von den Regierungsparteien, immer wieder ins Spiel gebracht wird – die Bundesregierung selbst schließt es für sich aus: In den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung“ zu Rüstungsexporten heißt es unmissverständlich: „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.“ Damit ist eigentlich alles gesagt.

Es gibt immer noch den Irrglauben, dass die Rüstungsindustrie ein ökonomisches Schwergewicht sei. Nach Angaben der Bundesregierung liegt der Anteil der Kriegswaffenexporte an allen deutschen Exporten aber bei gerade mal 0,21 Prozent. Im Vergleich zu Maschinen, Autos oder Dienstleistungen ist die Rolle, die Waffenexporte in der deutschen Wirtschaft spielen, zu vernachlässigen.

Es gibt leider keine unabhängigen Zahlen zu den Beschäftigten in der Rüstungsproduktion. Über viele Jahre hat die Industrie mit der Zahl von 80.000 Arbeitsplätzen gearbeitet, die halbwegs realistisch klingt. Im Jahr 2012 legte dann der Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) eine eigene Studie vor, der zufolge direkt in der Waffenproduktion lediglich 17.000 Menschen beschäftigt sind. Unter Hinzurechnung aller Unternehmen, die im weitesten Sinne Sicherheitstechnologien produzieren, kam der BDSV auf 98.000 direkt Beschäftigte.

Auch der genaue Anteil der Exporte an der gesamten Rüstungsproduktion in Deutschland ist nicht bekannt. Orientiert man sich an verschiedenen Eckdaten, ist es realistisch, von einem rund 50-prozentigen Anteil auszugehen.

Das würde bedeuten, dass bei einem kompletten Verbot aller Rüstungsexporte ungefähr 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze wegfallen würden. Zum Vergleich: Bei der



Auszug aus der Reihe „luxemburg argumente“, deren neueste Ausgabe sich mit Irrtümern und Mythen über Waffenexporte beschäftigt. Der Autor Jan van Aken ist Biologe, hat sich in der Anti-Atomkraft-Bewegung engagiert und war für Greenpeace sowie als Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen tätig. Von 2009 bis 2017 war er Bundestagsabgeordneter für die Linkspartei. Die Broschüre kann gedruckt bestellt oder heruntergeladen werden unter: [www.rosalux.de/publikation/id/39650](http://www.rosalux.de/publikation/id/39650).

Schlecker-Pleite 2012 haben rund 25.000 Menschen quasi über Nacht ihren Job verloren.

Zudem sind die meisten Beschäftigten in der Rüstungsindustrie hochqualifiziert. Angesichts des heutigen Fachkräftemangels dürften sie deshalb schnell eine neue Anstellung finden. Allerdings stecken natürlich hinter jedem einzelnen Arbeitsplatz, der wegfällt, ein Mensch und eine persönliche Geschichte, die ernst genommen werden müssen. Gerade als Linke haben wir eine Verantwortung, uns auch für jede einzelne Frau und jeden einzelnen Mann einzusetzen, deren Arbeitsplätze bedroht sind. Deshalb heißt unsere Lösung nicht einfach Zerschlagung der Rüstungsindustrie, sondern Konversion, die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, und dadurch der Erhalt der Arbeitsplätze.

## Waffenexporte helfen, Länder und Regionen zu stabilisieren

Angela Merkel hat im September 2011, unter dem Druck der zunehmenden Kritik, ein neues Argument in die Debatte eingeführt, das als „Merkel-Doktrin“ bekannt geworden ist: „Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein“, sagte Merkel. In anderen Worten heißt das: Deutschland müsse andere Staaten mithilfe von Waffenlieferungen in die Lage versetzen, sich selbst und andere zu schützen, um für Stabilität in den einzelnen Ländern und damit in der Welt zu sorgen.

### Was ist dran?

Auch dieses Argument ist schwach, sehr schwach.

Erstens: Innerstaatlich lässt sich Stabilität niemals mit Waffengewalt herstellen. In Diktaturen lassen sich Oppositionelle oder Minderheiten für eine gewisse Zeit mit brutaler Gewalt unterdrücken, aber nicht auf Dauer.

Das zeigt der Arabische Frühling genauso wie der Sturz des Schahs im Iran oder der Untergang des Apartheidregimes in Südafrika. Wer Diktaturen mit Waffenlieferungen stabilisieren möchte, macht sich erstens mitschuldig an Menschenrechtsverbrechen und wird zweitens langfristig scheitern.

International gesehen ist die Vorstellung, mithilfe von Waffenlieferungen Stabilität herzustellen, eine Absurdität. Denn die Aufrüstung des einen Landes führt fast immer dazu, dass sich die konkurrierenden oder Nachbarländer dadurch bedroht fühlen und ebenfalls aufrüsten. So entstehen nicht nur Rüstungswettläufe, sondern viel komplexere Bedrohungsszenarien.

Zweitens: Es gibt viele Beispiele dafür, dass Deutschland in sich abzeichnenden oder in tatsächlichen Konflikten die Aufrüstung aller beteiligten Seiten unterstützt hat. So haben fast alle südamerikanischen Länder in den vergangenen Jahrzehnten U-Boote in Deutschland gekauft, um sich voreinander zu schützen. Eine absurde Situation: Die wechselseitige Bedrohung unter den Ländern wäre die gleiche, wenn alle auf die Aufrüstung der Marine verzichtet hätten. Die Stabilität wäre ungleich höher, weil das Fehler- und Zerstörungspotenzial viel geringer wäre. Gewonnen hat in diesem Spiel nur einer: die deutsche Rüstungsindustrie.

## Aber Waffen für die Kurd\*innen, das ist doch in Ordnung?

Im Jahr 2014 entschied die Bundesregierung, die kurdischen Milizen im Nordirak, die sogenannten Peschmerga, mit Waffen zu beliefern. Ausgemusterte Gewehre, Raketen und andere Waffen der Bundeswehr im Wert von zunächst 70 Millionen Euro wurden als Geschenk der Bundesregierung abgegeben. Begründet wurde dies mit dem Schutz der Jesid\*innen und dem Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (Daesh). In der Linken entwickelte sich danach eine Debatte, ob die Lieferung an kurdische Gruppen zum Beispiel zur Verteidigung von Kobanê in Nordsyrien nicht eine sinnvolle Ausnahme für Waffenexporte sein könnte.

### Was ist dran?

Die einfache und schnelle Antwort auf diese Frage lautet, dass von allen kurdischen Gruppen ausgerechnet die Peschmerga diejenigen waren, die die Jesid\*innen nicht geschützt und gerettet haben (das war im August 2014 die PKK). Zudem streben sie eine Abspaltung vom Irak an, um einen eigenen Nationalstaat zu gründen. Diese Zerschlagung des Irak auch noch mit Waffenlieferungen zu unterstützen kann keine richtige Politik sein.

Die komplizierte Frage ist eine hypothetische: Wie wäre es mit Waffenlieferungen an



Selfies mitten im Krieg: zwei junge Männer auf dem Kreisverkehr Al-Halwaniyah, Januar 2015



Was vom Heim übrig bleibt: Nach einem Bombenangriff auf das Al-Myassar Viertel, Februar 2014



Ein Straßenhändler bietet im Al-Halk Viertel Diesel zum Verkauf, Oktober 2014. Fotos: Hosam Katan

die PKK oder an die fortschrittlichen Milizen im Norden Syriens, die YPG/YPJ?

Auch wenn wir als Linke solidarisch mit den fortschrittlichen Kräften in Kurdistan sind, bleiben Waffenlieferungen der falsche Weg. Dabei geht es nicht um eine radikalpazifistische Position, die jeglichen Waffengebrauch in jeder Situation ablehnt. Ich persönlich finde es durchaus gerechtfertigt, dass die Menschen in Kobanê sich mit der Waffe in der Hand gegen die Menschenfeinde von Daesh verteidigt haben.

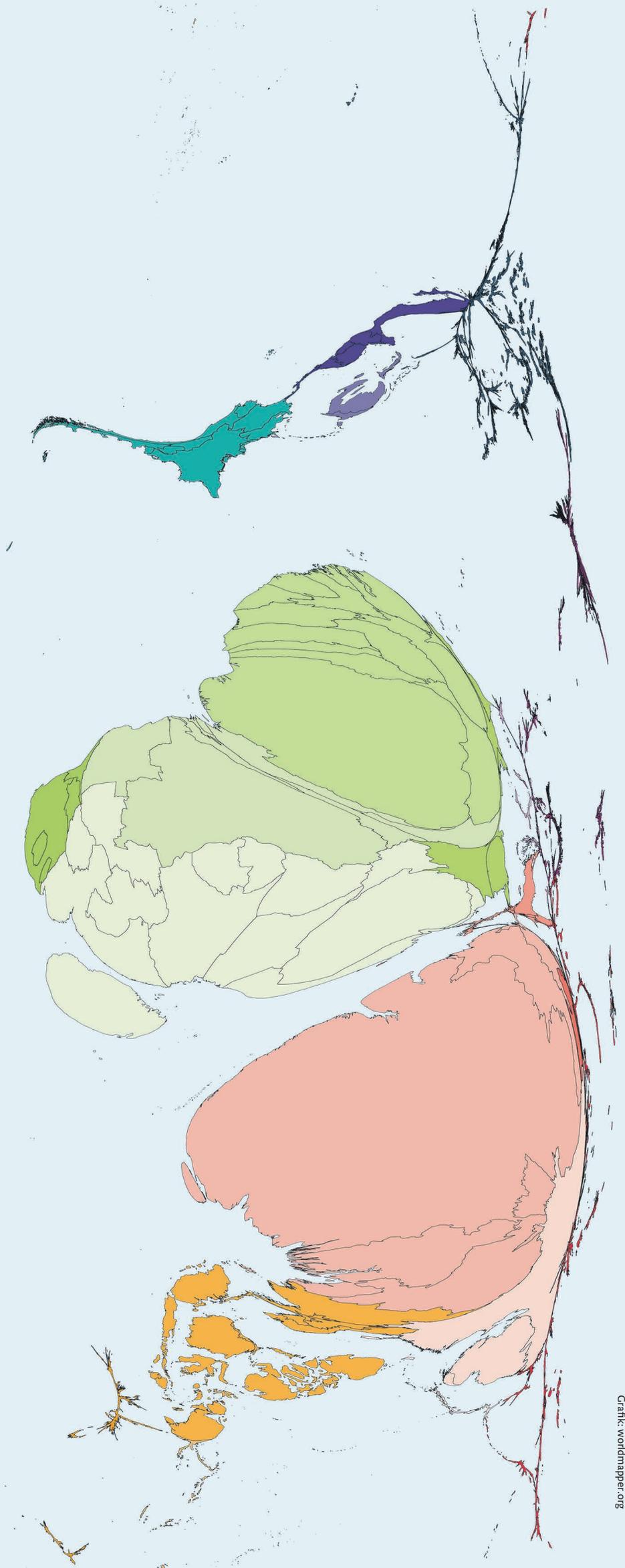
Aber die entscheidende Frage für uns hier in Deutschland ist doch, welche Maßnahmen die Bundesregierung in der akuten Situation vom September 2014 am sinnvollsten hätte ergreifen können, um die kurdische Sache zu unterstützen. Damals gab es mindestens zwei mögliche und sehr effektive Interventionen, die sehr schnell zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse vor Ort hätten beitragen können:

Erstens: Aufbau internationalen Drucks gegenüber der AKP-Regierung in der Türkei, die zu dem Zeitpunkt die Grenze zwischen der Türkei und den Daesh-Gebieten in Nordsyrien komplett geöffnet hatte. Nacht für Nacht konnten internationale Kämpfer für Daesh samt Waffen über die Türkei ins Kriegsgebiet reisen.

Die Frage lautete also: Wie könnte die Bundesregierung das Gleichgewicht der Kräfte verschieben? Indem ich die Peshmerga aufrüste oder indem ich die Aufrüstung von Daesh verhindere? Letzteres hätte vermutlich einen Konflikt mit dem Erdoğan-Regime bedeutet, den die Bundesregierung offenbar vermeiden wollte. Die Waffenlieferung war insofern ein (schlechter) Ersatz für eine viel sinnvollere und effektivere politische Handlungsoption.

Zweitens: Gleiches gilt auch für die Geldströme zur Unterstützung von Daesh. 2014 flossen immer noch Spendengelder in Millionenhöhe aus den arabischen Staaten an islamistische Gruppen in Syrien. Die deutsche Botschaft in Katar unternahm keinerlei Anstrengungen, Geldflüsse über die islamischen Stiftungen aus dem Golfstaat nach Syrien zu stoppen. Sie musste – auf Nachfrage – eingestehen, dass sie noch nicht einmal wusste, wer in Katar für diese Fragen zuständig war.

Das Beispiel Waffenlieferungen für die Peshmerga macht deutlich, wie sehr die deutsche Außenpolitik heute von militärischem Denken geprägt ist. Sehr oft wird bei außenpolitischen Problemen ganz schnell die Frage gestellt, wie sie sich militärisch lösen lassen. Das erinnert an ein altes asiatisches Sprichwort: Für den Mann mit dem Hammer sieht jedes Problem wie ein Nagel aus.



## Eine andere Welt

„Eines Tages“, so der bengalische Ökonom Muhammad Yunus vor über 20 Jahren, „werden unsere Enkelkinder in Museen gehen, um zu sehen, was Armut war.“ Bis dahin ist es, allen gemachten Fortschritten zum Trotz, immer noch ein weiter Weg – wie auch unsere Karte zeigt. Die Datenvisualisten von WorldMapper um Tina Gotthardt und Benjamin Hennig haben hier den Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, zum Maßstab der Größe der jeweiligen Staaten gemacht. Absolute Armut herrscht laut Weltbank, wenn ein Mensch von ungerechnet 1,90 US-Dollar pro Tag oder weniger leben muss. 1981 galt dies noch für rund 44 Prozent der Weltbevölkerung, also knapp zwei Milliarden Menschen. Ende 2015 waren es immer noch über 700 Millionen. In vier Staaten lebten zu diesem Zeitpunkt mehr als 70 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut: Madagaskar, Burundi, Demokratische Republik Kongo und Malawi. Das einzige nicht-afrikanische Land unter den ärmsten 15 Staaten war Haiti. Die Länder mit der ärmsten Bevölkerung in absoluten Zahlen sind Indien, Nigeria und die Demokratische Republik Kongo, gefolgt von Äthiopien und Bangladesch.